

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial	Seite 262
GI Aktuell	Seite 262
GI Leitsätze	Seite 264
Steuerberaterhaftung Mandatsauftrag / Einschaltung eines Spezialisten / Anmerkung RA Dr. Gräfe (BGH, Urt. v. 19.7.2001 - IX ZR 246/00)	Seite 265
Notarhaftung Wahrheitswidrige Beurkundung / Nichtiges Rechtsgeschäft / Auslegung des Vertrages / Vorsatz des Notars (BGH, Urt. v. 20.6.2000 - IX ZR 434/98)	Seite 268
Honorar des Rechtsanwalts Besprechungsgebühr / Telefonat mit Steuerberater des Mandanten / Telefonat mit Bank des Mandanten (OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.7.2001 - 24 U 153/00)	Seite 276
Anwaltshaftung Belehrungspflichten / Weisung des Mandanten / Vergleich (OLG Frankfurt, Urt. v. 5.10.2000 - 3 U 91/99)	Seite 278
Steuerberaterhaftung Lohnbuchhaltung / Sozialversicherungsberatung / Polnische Arbeitnehmer (LG Kleve, Urt. v. 6.7.2001 - 1 O 688/00)	Seite 279
Steuerberatungsvertrag Inhalt / Substantiierung (LG Wuppertal, Urt. v. 3.7.2001 - 5 O 84/00)	Seite 283
Steuerberaterhaftung Rechtsrat / Verjährung (LG Dortmund, Urt. v. 21.4.2001 - 7 O 32/98)	Seite 285
GI Hinweis	Seite 286



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, der Bundesgerichtshof hatte in einem aktuellen Urteil vom 19.7.2001 über eine typische Haftungskonstellation zu entscheiden. Ein Mandant hatte neben seinem Steuerberater einen **Fachanwalt für Steuerrecht** eingeschaltet. Beide befassten sich u.a. mit dem **gleichen Beratungsthema der steuerneutralen Umwandlung** seines Unternehmens. Der Steuerberater verließ sich im Hinblick auf die kurze Frist für die Handelsregisteranmeldung gemäß § 24 UmwG auf den Fachanwalt. Nach der Fristversäumnis sah der BGH beide Berater als haftpflichtig an. Der Steuerberater habe nicht nur das Mandat für die Bilanzerstellung erhalten. Da beide **Verantwortungsbereiche sich überschneiden** hätten, habe der Steuerberater nicht nur seine Bilanz abliefern und im Übrigen sich darauf verlassen dürfen, dass der Fachanwalt die Frist kennen und beachten werde. In einer Anmerkung habe ich die Folgerungen in der Praxis dargestellt.

Eine weitere Entscheidung des BGH aus 2000 zeigt, welche Folgen **vorsätzlich falsche Beurkundungen des Notars** beim Verkauf von Wohnungseigentum haben. Grundsätzlich hat er diese abzulehnen und darf nicht sehenden Auges ein nichtiges Geschäft beurkunden. Schadenersatz kann für alle Aufwendungen verlangt werden, die der Betroffene im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Geschäfts tätigt.

Zur **Besprechungsgebühr** des Anwalts weist das OLG Düsseldorf darauf hin, dass Gespräche mit Personen aus „dem Lager des Mandanten“ – z.B. dessen Steuerberater, Bank pp. – keinen Honoraranspruch auslösen.

Das OLG Frankfurt bringt dem Rechtsanwalt in Erinnerung, dass er an die Weisung des Mandanten gebunden ist. Das gilt insbesondere bei Vergleichsgesprächen.

Das LG Kleve bestätigt den nur eingeschränkten Auftragsinhalt bei der **Lohnbuchhaltung**, soweit es sich um **sozialversicherungsrechtliche Fragen** handelt. Bei diesen gibt es keine Beratungs-, sondern nur Anmeldepflichten. Im Entscheidungsfall wurden polnische Arbeitnehmer beschäftigt.

Der Mandant muss zur **Darlegung eines Schadenersatzanspruchs** genau hinsichtlich Zeit, Ort und Inhalt darlegen, welche Informationen er dem Steuerberater gegeben hat. Hier ging es um eine wesentliche Beteiligung, deren Verlust in der Steuererklärung vergessen wurde (LG Wuppertal).

Verstößt der Steuerberater gegen das **Rechtsberatungsverbot** und berät zur Kündbarkeit eines Mietvertrages falsch, läuft die **Verjährungsfrist** des Regressanspruchs ab Abschluss des schädigenden Vertrages (LG Dortmund).



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BVerfG: Zum anwaltlichen Werberecht

Die 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat sich in einer Entscheidung erneut mit der Beurteilung von Werbemaßnahmen durch die Berufsgerichte befasst. Die Beschwerdeführer (Bf) – Rechtsanwälte – waren wegen der Gestaltung einer Werbeanzeige und eines Internet-Auftritts mit einer Geldbuße und einem Verweis belegt worden. Der Anwaltsgerichtshof sah in der Selbstdarstellung der Bf eine Verletzung der anwaltlichen Pflichten, da sie Merkmale reklamehafter Anpreisung enthalte.

Die Einzelheiten der kritisierten Selbsteinschätzung sind in dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts dargestellt. Insbesondere waren eine Anfahrtsskizze zum Büro der Bf im Internet unter der Überschrift „So kommen Sie zu Ihrem Recht“, die Behauptung regelmäßiger Fortbildung der in der Kanzlei tätigen Rechtsanwälte und die Überschrift „Umfassende Rechtsberatung“ in der Zeitungsanzeige beanstandet worden.

Die Kammer hat die Verurteilung aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen. Zur Begründung führt sie im Wesentlichen aus:

Der Anwaltsgerichtshof hat die den Rechtsanwälten eröffnete, in Art. 12 GG wurzelnde Werbefreiheit verkannt. Die Kammer verweist insoweit auf das BGH-Urteil vom 1.3.2001 (abgedruckt in NJW 2001, 2087). Auch ist eine **Anzeige**, die informativ sowie formal und inhaltlich angemessen gestaltet ist und keinen Irrtum erregt, dem Rechtsanwalt grundsätzlich erlaubt. Insofern hätte der Anwaltsgerichtshof überprüfen müssen, ob die beanstandeten Selbstdarstellungen diesen Kriterien entsprechen.

Die Bf haben in der mit „Umfassende Rechtsberatung“ überschriebenen Zeitungsanzeige insgesamt neun Anwälte mit je zwei Interessenschwerpunkten aufgeführt. Jeder Interessenschwerpunkt tritt nur einmal auf. Hierdurch wird der Eindruck einer umfassenden Beratungskompetenz vermittelt, die in dieser Form nicht selbstverständlich in jeder Kanzlei anzutreffen ist. Ist die Aussage richtig, ist sie von Art. 12 Abs. 1 GG gedeckt.

Die Angabe von Interessenschwerpunkten reicht als Nachweis für umfassende Kompetenz aber nicht aus.

Nach der Berufsordnung für Rechtsanwälte können Interessenschwerpunkte allein auf der Grundlage angegeben werden, dass der betreffende Rechtsanwalt **sich für das Gebiet „interessiert“**. Voraussetzungen – sei es in Gestalt von Berufserfahrung, besonderen Kenntnissen oder vertiefter wissenschaftlicher Beschäftigung – normiert die Berufsordnung nicht. Insoweit sieht die Kammer durchaus die Gefahr einer unzulässigen, nämlich übertriebenen und irreführenden Anpreisung durch Angabe der Interessenschwerpunkte. Dies könnte jedenfalls vom betroffenen Publikum so empfunden werden, wenn es erführe, dass die Aufzählung im Belieben des Anbieters steht.

Diese den Belangen einer geordneten Rechtspflege zuwiderlaufende Wirkung beruht aber weniger auf der beanstandeten Passage in der Anzeige der Bf als auf der unzulänglichen Regelung der Interessenschwerpunkte in der Berufsordnung für Rechtsanwälte. Der Anwaltsgerichtshof wird sich mit dieser Frage erneut zu befassen haben; ob die Berufsordnung verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben entspricht, kann er selbst entscheiden.

Die Kammer hat darüber hinaus erneut klargestellt, dass eine Werbung – hier der Internet-Auftritt – nicht dadurch unzulässig wird, dass sie vom gewohnten Bild abweicht. **Auch Ironie und Sprachwitz in werbenden Anzeigen** müssen grundrechtsfreundlich erkannt und können nicht automatisch als unzulässige Anpreisung interpretiert werden.

(BVerfG, Beschl. v. 12.9.2001 – 1 BvR 2265/00)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 26.9.2001

BFH: Kein Kindergeld während der Ableistung des gesetzlichen Grundwehrdienstes

Seit 1996 gehört die Zeit des gesetzlichen Grundwehrdienstes auch dann nicht mehr zu den für die Zahlung von Kindergeld begünstigten Zeiträumen, wenn durch die Aufnahme des Dienstes eine Berufsausbildung unterbrochen worden ist. Stattdessen hat der Gesetzgeber einen Verlängerungstatbestand eingeführt. Danach ist für ein Kind, das den gesetzlichen Wehrdienst geleistet hat, das Kindergeld bei Arbeitslosigkeit über die Vollendung des 21. Lebensjahres hinaus und im Falle der Berufsausbildung über die Vollendung des 27. Lebensjahres hinaus zu gewähren, längstens jedoch entsprechend der Dauer des Grundwehrdienstes.

Der Bundesfinanzhof hat nun mit Beschluss vom 4.7.2001 – VI B 176/00 entschieden, dass es von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden ist, wenn während der Ableistung des Grundwehrdienstes kein Kindergeld gezahlt wird.

Die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gebotene Freistellung von existenznotwendigem Unterhaltsaufwand für das Kind greift nicht durch, weil für solche Aufwendungen nach dem Soldatengesetz der Bund aufkommt.

In Übereinstimmung hiermit hat der Bundesgerichtshof schon vor Jahren entschieden, dass Eltern ihrem Wehrdienst leistenden Kind nur in Ausnahmefällen unterhaltsverpflichtet sind. (BFH, Beschl. v. 4.7.2001 – VI B 176/00)

Pressemitteilung d. BFH v. 13.9.2001

BFH: Vom Arbeitgeber getragene Kosten für die Massage von Bildschirmarbeitern nicht notwendig Arbeitslohn

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 30.5.2001 – VI R 177/99 entschieden, dass Massagen, die ein Masseur Arbeitnehmern auf Kosten ihres Arbeitgebers verabreicht, nicht notwendig als **geldwerter Vorteil** der Lohnsteuer unterliegen.

Die Klägerin, die ein in der EDV-Branche tätiges mittelständisches Unternehmen betreibt, hatte einen Masseur beauftragt, von dem sich jeder ihrer Mitarbeiter im Betrieb massieren lassen konnte. Der Masseur besuchte den Betrieb der Klägerin im Allgemeinen einmal in der Woche, die Dauer der einzelnen Massage belief sich auf ca. 15 Minuten. Einige Mitarbeiter nahmen die Massagen regelmäßig in Anspruch, andere dagegen nur selten und einige Mitarbeiter machten von der Möglichkeit, sich massieren zu lassen, keinen Gebrauch.

Das Finanzamt hat nach einer Lohnsteuerausprüfung die Aufwendungen der Klägerin für die Massagen als Arbeitslohn der Lohnsteuer unterworfen. Die Klage vor dem Finanzgericht (FG) hatte keinen Erfolg.

Der BFH hat das Urteil des FG aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Er ist der Auffassung, dass der einem Arbeitnehmer aus einer Maßnahme des Arbeitgebers erwachsende Vor-

teil dann nicht als Arbeitslohn zu erfassen sein kann, wenn die Maßnahme einer spezifisch berufsbedingten Beeinträchtigung der Gesundheit des Arbeitnehmers entgegenwirkt. Das eigene Interesse des Arbeitnehmers an einer Erlangung des Vorteils könne sich als zu vernachlässigende notwendige Begleiterscheinung betriebsfunktionaler Zielsetzungen erweisen, falls diese gewichtig seien und das zu ihrer Erreichung eingesetzte Mittel besonders geeignet sei.

Im Streitfall komme es deshalb entscheidend darauf an, **wie häufig bei ganztags an Bildschirmarbeitsplätzen tätigen Arbeitnehmern mit körperlichen, die Arbeitsleistung beeinträchtigenden Beschwerden und Fehlzeiten infolge der Arbeitsbedingungen zu rechnen sei, ferner ob die verabreichten medizinischen Massagen besonders dazu geeignet gewesen seien, möglichen mit der Tätigkeit an Bildschirmarbeitsplätzen verbundenen Beschwerden – vorbeugend – entgegenzuwirken und ggf. krankheitsbedingte Arbeitsausfälle zu verhindern.**

Das FG werde diese Feststellungen – z.B. durch die Einholung von Auskünften des medizinischen Dienstes einer Krankenkasse bzw. Berufsgenossenschaft oder durch das Gutachten eines Sachverständigen – nachzuholen haben. (BFH, *Urt. v. 30.5.2001 – VI R 177/99*)

Pressemitteilung d. BFH v. 13.9.2001

GI Leitsätze

Regressprozess gegen Rechtsanwalt/Unbezahlter Klageantrag

1. Ein unbezahlter Sachantrag ist nicht nur im Prozess gegen den Erstschädiger zulässig, sondern auch zur Geltendmachung eines Schadens, der dadurch entsteht, dass ein Geschäftsbesorgungsvertrag – hier mit einem Rechtsanwalt –, der auf die Geltendmachung des Primärschadens gerichtet ist, pflichtwidrig schlecht erfüllt wird.

2. Zur Aufklärungspflicht, wenn die vom Arzt bevorzugte Methode eine von dreien ist und alle in den einschlägigen Lehrbüchern als gleichwertig bezeichnet werden.

(OLG Zweibrücken, *Urt. v. 10.10.2000 – 5 U 8/00*, OLG-Report 2001, 175)

Notarhaftung/Nichtvollzug eines Grundstücksgeschäfts/Belehrungspflicht gegenüber Dritten

Zur Haftung des Notars für den Vollzug einer Grundstücksübertragung und zu dessen Pflichtenkreis bei der Beurkundung späterer gegenläufiger Verfügungen.

(OLG Koblenz, *Urt. v. 29.11.2000 – 1 U 1160/99*, OLG-Report 2001, 167)

Werbung/Rechtsanwalt/Internet-Domain

Die Internet-Domain „www.anwalt-hannover.de“ stellt eine irreführende Werbung i.S.d. § 3 UWG dar.

(OLG Celle, *Urt. v. 29.3.2001 – 13 U 309/00*, OLG-Report 2001, 144)

Rechtsberatung/Steuerberater/Subventionsberatung

Ein Steuerberater darf Subventionsberatung betreiben und entsprechend bewerben, wenn die Subventionsberatung im Rahmen eines Mandats über eines der Kerngebiete des Steuerberaters erfolgt.

(LG Oldenburg, *Urt. v. 15.3.2001 – 15 O 2725/00*, DStR 2001, 784)

Bekanntgabe eines Steuerbescheides, § 122 AO, an Bevollmächtigte

1. § 122 Abs. 1 Satz 3 AO 1977 regelt seinem Wortlaut nach nur die Frage, ob eine wirksame Bekanntgabe (auch) an einen Bevollmächtigten erfolgen kann. Es bleibt offen, ob die Vorschrift deshalb dahin auszulegen ist, dass die Bekanntgabe eines Verwaltungsakts gegenüber demjenigen, für den er bestimmt ist, die Rechtsbehelfsfrist auch dann in Lauf setzt, wenn ein Bevollmächtigter bestellt ist.

2. Eine Verpflichtung zur Bekanntgabe eines Verwaltungsakts an den Bevollmächtigten des Steuerpflichtigen besteht nur dann, wenn für den Steuerpflichtigen als denjenigen, für den der Verwaltungsakt bestimmt ist, ein Bevollmächtigter eindeutig und unmissverständlich gerade (auch) als Bekanntgabeadressat bestellt worden ist und sich dies unmittelbar aus der diesbezüglichen Erklärung des Steuerpflichtigen bzw. seines Bevollmächtigten ergibt.

(BFH, *Urt. v. 5.10.2000 – VII R 96/99*, BFH/NV 2001, 222)

Steuerberaterhaftung

- Mandatsauftrag
 - Einschaltung eines Spezialisten
 - Anmerkung RA Dr. Gräfe
- (BGH, Urt. v. 19.7.2001 - IX ZR 246/00)

Leitsatz:

Zur Beratungspflicht eines Steuerberaters, der neben einem Fachanwalt für Steuerrecht in das Verfahren zur steuerneutralen Umwandlung einer Gesellschaft einbezogen ist.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten wegen der Verletzung von Pflichten aus einem Steuerberatermandat auf Schadenersatz in Anspruch.

Die Klägerin war persönlich haftende Gesellschafterin einer Kommanditgesellschaft, die auf einem Grundstück, das steuerliches Betriebsvermögen war, ein Einzelhandelsgeschäft betrieb. Im Frühjahr 1991 beschlossen die Gesellschafter – beraten von dem Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. F. –, den Geschäftsbetrieb einzustellen. Rechtsanwalt Dr. F. wurde beauftragt, eine Lösung zu finden, um zu verhindern, dass diese Maßnahme als Entnahme des Betriebsgrundstücks unter Aufdeckung stiller Reserven steuerlich nachteilige Folgen hatte. An dieser Aufgabe war auch der verklagte Steuerberater, der die KG und die Gesellschafter seit vielen Jahren steuerlich beriet, beteiligt. Der Umfang dieser Beteiligung ist zwischen den Parteien streitig.

Zur Lösung des steuerlichen Problems wurde schließlich die KG in eine GmbH umgewandelt und das Vermögen der KG mit allen Aktiven und Passiven auf die GmbH übertragen. Dabei wurden Bilanzen, die der Beklagte zum 31.7.1991 (Schlussbilanz für die KG) und zum 1.8.1991 (Eröffnungsbilanz für die GmbH) anzufertigen hatte, zugrunde gelegt.

Letztlich scheiterte die Steuerunschädlichkeit der Umwandlung daran, dass diese erst am 12.11.1992 zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet wurde. Damit war die sechsmonatige Frist in § 20 Abs. 7 des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) vom 6.9.1976 (BGBl. I, 2643) versäumt worden.

Die Klägerin, die wegen des Entnahmegewinns zur Einkommen- und Kirchensteuer veranlagt

wurde, hat mit ihrer Klage den Beklagten auf Schadenersatz i.H.v. zunächst 181.480,37 DM in Anspruch genommen. Aufgrund einer Neuberechnung des Aufgabegewinns durch die Finanzbehörden hat die Klägerin später – gegen den Widerspruch des Beklagten – die Klage i.H.v. 75.964,65 DM für erledigt erklärt.

Das Landgericht hat der Klage dem Grunde nach stattgegeben. Das Berufungsgericht hat sie abgewiesen. Mit ihrer Revision begehrt die Klägerin die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils.

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat sein Urteil wie folgt begründet:

Dem Beklagten sei eine schuldhafte Pflichtverletzung nicht anzulasten. Er habe die von ihm anzufertigenden Bilanzen am 22.1.1992 – und damit so rechtzeitig, dass die Anmeldung der Umwandlung problemlos vor Ablauf der Frist des § 20 Abs. 7 UmwStG am 31.1.1992 möglich gewesen wäre – in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. F. abgeben lassen. Einen über die Erstellung der Bilanzen hinausgehenden konkreten Auftrag habe er nicht gehabt.

Zwar seien die steuerrechtlichen Fragen der Gesellschaftsumwandlung mit ihm erörtert worden. Auch sei ihm bekannt gewesen, dass man sich für eine derartige Umwandlung gerade deswegen entschieden gehabt habe, um steuerliche Nachteile zu vermeiden. Auf die 6-Monats-Frist des § 20 Abs. 7 UmwStG hinzuweisen, habe er aber keinen Anlass gehabt. Jedenfalls habe er eine etwaige Hinweispflicht nicht schuldhaft verletzt.

Die genannte Frist habe dem Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. F. bekannt sein müssen. Für den Beklagten habe nicht der geringste Anhaltspunkt für eine Unkenntnis des Fachanwalts bestanden. Er habe deshalb die Versäumung der Anmeldefrist nicht vorhersehen können. Falls man dennoch von einer schuldhaften Pflichtverletzung ausgehe, sei der Schaden dem Beklagten wegen des ungewöhnlich groben Fehlverhaltens des Dr. F. nicht zurechenbar.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Die Feststellungen des Berufungsgerichts schließen es nicht aus, dass der Beklagte seine Pflichten aus dem Mandatsverhältnis schuldhaft verletzt hat, weil er die Klägerin – oder statt ihrer Rechtsanwalt Dr. F. – spätestens bei Abgabe der Bilanzen auf den kurz bevorstehenden Ablauf der Frist des § 20 Abs. 7 UmwStG hätte hinweisen müssen, dies aber nicht getan hat.

a) Die Feststellung des Berufungsgerichts, der Beklagte habe nur ein Mandat zur Erstellung der Bilanzen gehabt, ist auch ohne Revisionsrüge für den Senat nicht bindend, weil die tatsächlichen Grundlagen des Berufungsurteils insoweit widersprüchlich sind (vgl. BGH, Urt. v. 5.11.1968 – VI ZR 179/67, MDR 1969, 133; v. 9.12.1987 – IVa ZR 155/86, NJW-RR 1988, 407, 409; v. 5.10.1988 – VIII ZR 222/87, NJW-RR 1989, 306, 307; MünchKomm-ZPO/Wenzel 2. Aufl., § 561 Rdnr. 10; Zöller/Gummer, ZPO 22. Aufl., § 554 Rdnr. 11).

Im Tatbestand seines Urteils erwähnt das Berufungsgericht als unstreitig, dass der Beklagte an der „Findung“ einer „Lösung“, wie die steuerlichen Folgen einer Entnahme des Betriebsgrundstücks vermieden werden könnten, „beteiligt“ gewesen sei. Schon dies lässt sich mit der Feststellung, der Beklagte habe nur den „konkreten Auftrag“ gehabt, die erforderlichen Bilanzen zu erstellen, schwerlich vereinbaren. Denn die Erstellung der Bilanzen hatte mit der „Lösungsfindung“ nichts mehr zu tun; vielmehr trug der Beklagte damit nur einen Teil zur Umsetzung der Lösung bei.

In den Entscheidungsgründen ist das Berufungsgericht „dem Landgericht darin (gefolgt), dass mit dem Beklagten die steuerrechtlichen Fragen der Gesellschaftsumwandlung erörtert worden sind und dem Beklagten bekannt war, dass die Lösung einer Umwandlung der KG in eine GmbH deshalb gewählt worden ist, um steuerrechtliche Nachteile bezüglich des Geschäftsgrundstücks zu vermeiden“. Jedenfalls die Erörterung der mit der Umwandlung verbundenen steuerrechtlichen Fragen deutet auf einen Auftrag hin, der über die bloße Erstellung von Bilanzen hinausging.

An einer anderen Stelle kommt das Berufungsgericht wiederum darauf zu sprechen, dass der

Beklagte „in die Entscheidungsfindung (gemeint ist hier die Umwandlung der KG in eine GmbH) mit einbezogen“ gewesen sei, und verweist hierbei auf zwei Schreiben des Beklagten an Rechtsanwalt Dr. F. vom 17. und 24.6.1991.

In dem ersten Schreiben heißt es:

„... nach unserem letzten Gespräch habe ich mich nochmals mit der Betriebsauflösung und den steuerlichen Folgen beschäftigt, bin jedoch noch nicht in alle Einzelheiten eingestiegen. Es ist jedoch zu befürchten, dass das Finanzamt zu einer Betriebsaufgabe kommt und die stillen Reserven des Gebäudes steuerlich erfassen wird. Eine Betriebsverpachtung setzt voraus, dass ... Wir müssen uns gemeinsam überlegen, hier einen anderen Weg zu finden.“

Das zweite Schreiben lautet:

„Beiliegend übersende ich Ihnen im Zusammenhang mit der Firma ... KG eine Ablichtung des Bundessteuerblattes Teil II aus dem Jahr 1989, Seite 363. Hieraus ist ersichtlich, dass unter Umständen keine gewerbliche Tätigkeit mehr vorliegt. Ich bitte Sie, nochmals zu prüfen, wenn eine GmbH gegründet wird, ob nach dem Umwandlungssteuergesetz eine Sachgründung notwendig ist. Wir können die Firma dann zu Buchwerten an die GmbH übertragen ...“.

Derartige Äußerungen sind für einen Steuerberater, der lediglich Bilanzen zu erstellen hat, ganz ungewöhnlich. Sie legen vielmehr die Annahme nahe, dass der Beklagte um seinen Rat gebeten worden ist, wie die Umwandlung steuerneutral durchgeführt werden könne, und die Klägerin, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. F., entsprechend beraten hat.

b) Für die Revisionsinstanz ist davon auszugehen, dass der Beklagte – gemäß dem Klägervortrag – entweder kraft eines Dauermandats oder eines auf den Übertragungsvorgang bezogenen Einzelmandats gehalten war, „steuerliche Strategien zu entwickeln, nach denen eine Aufdeckung der stillen Reserven und eine Überführung der Immobilie aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen zu vermeiden sei“.

c) Im Rahmen eines derartigen Auftrags hat der Steuerberater seinen Mandanten umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen muss er den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstreb-

ten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten (BGH, Urt. v. 13.2.1992 – IX ZR 105/91, WM 1992, 701, 703 = GI 1992, 249; v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 302 = GI 1998, 268).

Im vorliegenden Fall gehörte zu der **Beratung über die „steuerliche Strategie“** ein Hinweis auf die nach § 20 Abs. 7 UmwStG geltende Frist, weil von deren Einhaltung das Gelingen der angestrebten steuerneutralen Umwandlung abhing. Der Hinweis war spätestens bei Abgabe der Bilanzen am 22.1.1994 geboten – und dies umso mehr, als der Ablauf der ohnehin kurzen Frist unmittelbar bevorstand, ohne dass der Beklagte davon ausgehen konnte, dass die Klägerin oder Rechtsanwalt Dr. F. sogleich Anstalten machen würde, die Umwandlung anzumelden, oder dies etwa schon getan hatte.

Darauf, dass die Klägerin oder der von ihr **ebenfalls als Berater eingeschaltete Rechtsanwalt Dr. F.** die Frist kennen und beachten würde, durfte sich der Beklagte nicht verlassen. **Denn wenn sich der eine Berater auf den anderen verlässt, ist die Erreichung des von dem Mandanten angestrebten Ziels gefährdet** (vgl. zur Anwaltshaftung BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, WM 1993, 1376, 1378 = GI 1993, 355; v. 8.7.1993 – IX ZR 242/92, WM 1993, 1967, 1968).

Im vorliegenden Fall war beiden dieses Ziel bekannt, und beide wussten, dass sie zum Zwecke der Erreichung dieses Ziels eingeschaltet worden waren. Selbst wenn beide getrennte Aufgabenbereiche gehabt haben sollten, war deshalb **an deren Schnittstellen eine Abstimmung erforderlich**. Damit hat sich das Berufungsgericht nicht auseinander gesetzt.

Etwas anderes hätte zwar möglicherweise dann zu gelten, wenn der Beklagte hier nur ein Mandat gehabt hätte, den von der Klägerin **als „Spezialisten“ eingeschalteten** Rechtsanwalt Dr. F. „zu begleiten“. In einem solchen Fall muss der allgemeine Steuerberater den Spezialisten grundsätzlich nicht überwachen. **Er hat den Mandanten vor Fehlleistungen des Spezialisten nur zu warnen, wenn er diese erkennt oder erkennen und zugleich annehmen muss, dass der Mandant die Gefahr möglicherweise nicht erkennt** (vgl. BGH, Urt. v. 4.5.2000 – IX ZR 142/99, WM 2000, 1591, 1593 = GI 2001, 163). Diese Voraussetzungen sind hier nicht festgestellt. Selbst davon, dass Dr. F. als „Spezialist“ eingeschaltet war, kann hier mangels entsprechender Feststellungen nicht ausgegangen werden.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich zugleich, dass das Unterlassen eines gebotenen Hinweises auch schuldhaft war (vgl. BGHZ 129, 386, 399).

2. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ist an dem Zurechnungszusammenhang zwischen der schuldhaften Pflichtverletzung durch den Beklagten und dem Schaden der Klägerin nicht deshalb zu zweifeln, weil auch Rechtsanwalt Dr. F. seine Pflichten verletzt hat (vgl. BGH, Urt. v. 10.5.1990 – IX ZR 113/89, WM 1990, 1710, 1712 = GI 1990, 185). **Haben mehrere Berater – neben- oder nacheinander – denselben Auftraggeber durch eine schuldhafte Vertragsverletzung geschädigt, so haften sie grundsätzlich als Gesamtschuldner** (BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, a.a.O.; v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, WM 1994, 948, 949 f = GI 1994, 153).

III.

Das Berufungsurteil ist deshalb aufzuheben (§ 564 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Die Sache ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, weil sie noch nicht entscheidungsreif ist (§ 565 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

Zum Umfang des dem Beklagten erteilten Mandats sind noch tatrichterliche Feststellungen möglich. Mit dem von der Klägerin behaupteten, von dem Beklagten jedoch bestrittenen Dauermandat hat sich das Berufungsgericht nicht befasst. **Zu der Frage eines Einzelmandats** ist z.B. noch die **Gebührenabrechnung** des Beklagten zu würdigen, die von den Parteien unterschiedlich gedeutet wird. Außerdem hat das Berufungsgericht die Aussage des Zeugen Dr. F. nicht gewürdigt.

Wenn das Berufungsgericht aufgrund der erneuten Verhandlung zu dem Ergebnis gelangen sollte, dass die Klage nicht abweisungsreif ist, wird es das erstinstanzliche Urteil gleichwohl nicht bestätigen können. Denn ein Grundurteil durfte – wie der Beklagte mit seiner Berufung zu Recht beanstandet hat – insoweit nicht ergehen, als die Klage in der Hauptsache einseitig für erledigt erklärt worden war. Dadurch hatte sich das Klagebegehren in ein solches auf Feststellung der Erledigung umgewandelt (vgl. BGHZ 106, 359, 366; BGH, Beschl. v. 26.5.1994 – I ZB 4/94, NJW 1994, 2363, 2364).

Über diesen Feststellungsantrag hat das Landgericht – wie das Berufungsgericht, rechtlich bedenkenfrei, annimmt – in seinem Grundurteil mit entschieden.

Ein Grundurteil über einen unbezifferten Feststellungsantrag scheidet jedoch wesensgemäß aus (BGH, Urt. v. 7.11.1991 - III ZR 118/90, NJW-RR 1992, 531 = GI 1992, 174; v. 14.10.1993 - III ZR 157/92, NJW-RR 1994, 319; v. 27.1.2000 - IX ZR 45/98, NJW 2000, 1572 = GI 2001, 88).

Ausnahmsweise kann ein Grundurteil über eine Feststellungsklage ergehen, wenn damit ein bestimmter Betrag in der Weise geltend gemacht wird, dass die Klage auch zu einem Ausspruch über die Höhe des Anspruchs führen soll (BGH, Urt. v. 9.6.1994 - IX ZR 125/93, NJW 1994, 3295 f, insofern in BGHZ 126, 217 nicht abgedruckt; v. 27.1.2000 - IX ZR 45/98, a.a.O.). Die Voraussetzungen dieser Ausnahme liegen hier nicht vor.

Anmerkung (RA Dr. Jürgen Gräfe):

Die vom Bundesgerichtshof entschiedene nicht seltene Sachverhaltsgestaltung zeigt, dass die Befassung von zwei Beratern mit einem Thema zu einer „Haftungsfalle“ werden kann.

Verlässt sich ein Berater auf den anderen, ist das „Haftungstor“ für beide aufgestoßen. Hier wird von beiden die **Verwirklichung des Beratungsziels gefährdet**. Es ist nicht möglich, dass sich ein Berater bezüglich seines Pflichtenumfangs zulasten des gleich qualifizierten anderen Beraters abgrenzt.

Ist bei der Auftragserteilung weder dessen Inhalt genau beschrieben noch gegenüber dem ebenfalls Beauftragten abgegrenzt, bleibt es bei der – auch ungefragten – Belehrungs- und Betreuungspflicht für beide Berater, falls die Erreichung des Gestaltungsziels gefährdet erscheint.

Der BGH hat in den Sachverhaltsfeststellungen des Berufungsgerichts eine Beschränkung des Steuerberatermandats auf die Bilanzerstellung nicht erkennen können. Vielmehr waren danach sowohl der Fachanwalt für Steuerrecht als auch der Steuerberater in die „**Steuervermeidungsfindung**“ wegen der Gefahr der Aufdeckung der stillen Reserven eingebunden worden.

Tritt bei nebeneinander tätigen Beratern ein Steuerschaden ein, muss festgestellt werden, ob sich deren Aufgaben- bzw. Verantwortungsbereiche überschneiden. In diesem Fall kann beide Berater der Vorwurf einer schuldhaft unterlassenen Überwachung oder Belehrung treffen, wenn es zeitliche und inhaltliche „Beratungsschnittstellen“ gab und beide z.B. eine

Frist versäumt haben. Hier wird von beiden ein ihrem Verantwortungsbereich zurechenbarer Verursachungsbeitrag bei der Herbeiführung des Schadens geleistet.

Sind demgegenüber ihre Aufgabenbereiche abgegrenzt und gibt es keine Überschneidungen der Verantwortungsbereiche, trifft keinen Berater eine Überwachungspflicht bezüglich der Arbeit des anderen. Ein Steuerschaden wird hier entweder von dem einen oder dem anderen Berater herbeigeführt.

Beispiel:

Im Bauherrenmodell wird für das steuerliche Verfahren der Bauherrengemeinschaft ein so genannter objektbezogener Steuerberater eingesetzt. Er erstellt die einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellungserklärung für die Gemeinschaft. Der persönliche Steuerberater des Mandanten darf sich hier auf die von diesem ermittelten Zahlen verlassen und diese übernehmen. Er hat keine inhaltliche Überwachung vorzunehmen (vgl. BGHZ 96, 100; OLG Köln, GI 1988, 3). Dasselbe gilt bei Einschaltung eines Spezialisten – am besten im Einvernehmen mit dem Mandanten. Hier hat der Allgemeinberater nicht den Spezialisten zu überwachen (BGH, WM 2000, 1593 = GI 2001, 163).

Notarhaftung

- Wahrheitswidrige Beurkundung
 - Nichtiges Rechtsgeschäft
 - Auslegung des Vertrages
 - Vorsatz des Notars
- (BGH, Urt. v. 20.6.2000 - IX ZR 434/98)

Leitsätze:

1. Die Verpflichtung des Notars, unwirksame Beurkundungen zu unterlassen oder es zu unterlassen, in anderer Weise zum Abschluss unwirksamer Rechtsgeschäfte beizutragen oder solche zu vollziehen, soll den Betroffenen davor schützen, dass er im Vertrauen auf den Bestand des Geschäfts Aufwendungen tätigt, die wegen dessen Unwirksamkeit nutzlos sind.

2. Ob der Betroffene entsprechende Vermögensnachteile auch bei Wirksamkeit des Geschäfts erlitten hätte, weil er daraus herrührende Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig hätte erfüllen können, ist unerheblich.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger – (inzwischen geschiedene) Eheleute – nehmen die Beklagten zu 1) und 2) wegen Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages auf Schadenersatz in Anspruch.

Im Jahre 1983 ließ I.W. (im Folgenden: Verkäuferin) durch ihren Ehemann, einen Bauunternehmer, auf einem ihr gehörenden Grundstück ein Doppelhaus errichten. Die eine Hälfte wollte sie für sich selbst behalten, die andere als Wohnungseigentum veräußern. Die Kläger zeigten Interesse und schlossen deshalb im Juli 1983 mit der Wohnungsbaukreditanstalt ... (WKA) einen Vertrag über die Finanzierung des Objekts. Die Verkäuferin wollte den angefangenen Bau zu „Freundschaftspreisen“ fertig stellen. Die Kläger trugen zunächst durch Zahlungen, Materiallieferungen, Eigenleistungen und einen Kredit dazu bei.

Später, am 11.10.1983, beurkundete der frühere Drittbeklagte (im Folgenden: Notar) einen Kaufvertrag zwischen der Verkäuferin und den Klägern über einen Miteigentumsanteil am Grundstück und Sondereigentum an der im Bau befindlichen Wohnung zum Preis von 110.000 DM. Damit wurden Grundstücksanteil, Keller, Brauchwasserhausanschluss und Entwässerung bis zur Straße abgegolten. Die Errichtung der Doppelhaushälfte im Übrigen sei, so heißt es in der Urkunde weiter, von den Klägern auf eigene Kosten vorzunehmen. Tatsächlich war der Rohbau zu diesem Zeitpunkt schon weiter – in welchem Umfang, ist zwischen den Parteien streitig – gediehen. Die Verkäuferin und die Kläger hatten sich aber nicht auf den Preis für die weiteren Leistungen einigen können. Insofern sollte weiter verhandelt werden.

Dies geschah – in Gegenwart des Notars – noch am selben Tag. Der Notar setzte einen Entwurf auf, in dem es heißt, dass die Kläger sich verpflichten, für das vorhandene Gebäude weitere 84.839,27 DM an die Verkäuferin zu zahlen. Die Richtigkeit der diesem Betrag zugrunde liegenden Abrechnung sollte von den Vertragsparteien noch überprüft werden. Als diese tags darauf, am 12.10.1983, wieder bei dem Notar erschienen, waren sie sich immer noch uneins. Der Notar fügte nunmehr in den am Vortag geschriebenen Entwurf den Satz ein: „Die Richtigkeit der Abrechnung bleibt vorbehalten“. Daraufhin unterschrieben die Eheleute W. und der Kläger zu 1), dieser zugleich für die Klägerin zu 2), den Text. Notariell beurkundet wurde er nicht.

Auch später kam eine Einigung über den Preis nicht zustande. Die Kläger setzten den Bau in eigener Regie fort. Am 16.12.1983 wurde das Wohnungseigentum aufgelassen. Am 1.2.1984 wurden die Kläger im Grundbuch als Eigentümer eingetragen.

Im April 1984 erhob die Verkäuferin gegen die Kläger vor dem Landgericht (19 O 173/84) Klage auf Zahlung des sich aus dem „Vertrag“ vom 12.10.1983 ergebenden Betrages von 84.839,27 DM. Sie obsiegte in erster Instanz und vollstreckte aus dem Urteil in Darlehensauszahlungsansprüche der Kläger gegen die WKA. In der Folgezeit gerieten die Arbeiten am Rohbau ins Stocken.

In der Berufungsinstanz wies das Oberlandesgericht (14 U 179/84) die damaligen Prozessparteien durch Beschluss vom 5.2.1985 darauf hin, dass die beiden Verträge vom 11. und 12.10.1983 nichtig seien. Mit derselben Begründung wies es durch Urteil vom 17.5.1985 die Klage ab. Das Urteil wurde den Prozessbevollmächtigten der Kläger am 30.5.1985 zugestellt.

Der Beklagte zu 1) war schon seit Beginn dieses Rechtsstreits als Korrespondenzanwalt der Kläger eingeschaltet. Intern bearbeitete hauptsächlich der Beklagte zu 2) die Angelegenheit. Dieser war zunächst als Referendar und seit seiner Zulassung als Rechtsanwalt im August 1985 als freier Mitarbeiter in der Praxis des Beklagten zu 1) tätig. Seit Ende 1985 erschien sein Name auch im Briefkopf der Sozietät. Im Februar 1988 schied er dort aus.

Nach Abschluss des Rechtsstreits (19 O 173/84/14 U 179/84) korrespondierte die Sozietät des Beklagten zu 1) namens der Kläger vergeblich mit der Gegenseite über die Rückabwicklung des Geschäfts. Im Dezember 1985 erhob die Verkäuferin Klage auf Rückübertragung des Wohnungseigentums und des Besitzes an dem Grundstück vor dem Landgericht (19 O 499/85). Die Kläger, die das Wohnungseigentum inzwischen mit Grundpfandrechten in Höhe von ca. 260.000 DM zugunsten der WKA belastet hatten, hielten diesem Begehren Ansprüche auf Ersatz von Aufwendungen in Höhe von 307.425,95 DM entgegen.

Die WKA kündigte im März 1986 die den Klägern gewährten Kredite mit der Begründung, dass mit der Fertigstellung des Bauvorhabens nicht mehr gerechnet werden könne und die Kläger mit ihren Leistungen im Rückstand seien. Im Juni 1986 wurde auf Antrag der WKA die

Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums angeordnet. Dessen Verkehrswert wurde auf 190.000 DM festgesetzt.

Anfang 1987 erklärte der Beklagte zu 2) den Klägern, dass deren Rechte gegen die Verkäuferin durch eine Zwangsversteigerung nicht beeinträchtigt würden, ihnen insbesondere die Rückabwicklungsansprüche erhalten blieben. Diese Einschätzung der Rechtslage teilte er auch der WKA mit. In der Zwangsversteigerung wurde der Verkäuferin für durch Zahlung zu berichtigende 134.000 DM der Zuschlag erteilt.

Nach dem (Rück-)Erwerb in dem Zwangsversteigerungsverfahren stellte die Verkäuferin in dem noch anhängigen Rechtsstreit (19 O 499/85) ihre Klage auf Zahlung von (190.000 DM Verkehrswert ./ 165.692 DM Leistungen der Kläger =) 24.308 DM um. Diese Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, schon nach dem eigenen Vortrag der Verkäuferin seien die beim Saldieren zugunsten der Gegenseite anzusetzenden Posten höher als diejenigen zu ihren eigenen Gunsten. Dieses Urteil wurde rechtskräftig. Im Frühjahr 1988 beendeten die Kläger das Mandat der Beklagten.

Die Kläger haben im Januar 1990 eine Schadenersatzklage gegen die Beklagten und den Notar erhoben. Durch rechtskräftig gewordenes Teilurteil vom 19.10.1990 hat das Landgericht die Klage gegen den Notar wegen Verjährung abgewiesen. Daraufhin haben die Kläger geltend gemacht, die Beklagten hätten zum einen den Anspruch gegen den Notar verjähren lassen und es zum anderen versäumt, die Zwangsversteigerung abzuwenden.

Sie haben beantragt, die Beklagten zur Zahlung von 208.317,37 DM zuzüglich kapitalisierter Zinsen in Höhe von 99.270,50 DM sowie weiterer Zinsen zu verurteilen und festzustellen, dass die Beklagten verpflichtet seien, den Klägern den aus der Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Notar entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen.

Durch Schlussurteil hat das Landgericht auch diese Klage abgewiesen. Die Berufung der Kläger hatte keinen Erfolg. Mit ihrer Revision verfolgen die Kläger ihr Klagebegehren gegen die Beklagten weiter.

Die Revision hat Erfolg.

Aus den Gründen:

A.

Das Berufungsgericht hat seine Entscheidung wie folgt begründet:

Die Beklagten seien nicht haftbar dafür, dass der Notar nicht mit Erfolg auf Schadenersatz in Anspruch genommen worden sei. Zwar habe er vorsätzlich seine Amtspflichten verletzt, als er den Verkauf des Wohnungseigentums beurkundet habe. Diese Beurkundung hätte er unterlassen müssen, weil die beurkundete Einigung nur einen Teil des beabsichtigten Rechtsgeschäfts umfasst und bezüglich des anderen Teils ein offener Dissens vorgelegen habe.

Wenn der Notar die Beurkundung des ersten Teils pflichtgemäß abgelehnt hätte, wäre der Schaden nicht entstanden. Dieser falle jedoch nicht in den Schutzbereich der verletzten Amtspflicht. Er beruhe auf der Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums. Diese sei nicht wegen der Unwirksamkeit des beurkundeten Vertrages, sondern deswegen betrieben worden, weil die Kläger ihre Verpflichtungen gegenüber der WKA nicht mehr hätten erfüllen können.

Die Beklagten hätten es auch nicht zu vertreten, dass ein – etwa doch bestehender – Notarhaftungsanspruch verjährt sei. Der Lauf der Verjährungsfrist habe erst mit der Zwangsversteigerung im Jahre 1987 begonnen. Nachdem das Mandat der Beklagten im Frühjahr 1988 geendet habe, hätten die Kläger, durch ihren neuen Rechtsanwalt beraten, noch ausreichend Zeit gehabt, um gegen den Notar vorzugehen. Dies gelte selbst dann, wenn man nicht den Zeitpunkt der Zwangsversteigerung für maßgeblich hielte, sondern den rechtskräftigen Abschluss des Vorprozesses vor dem Landgericht (19 O 173/84) und dem Oberlandesgericht (14 U 179/84).

Die Kläger könnten die Beklagten auch nicht wegen mangelhafter Vertretung ihrer Interessen gegenüber der die Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums betreibenden WKA haftbar machen. Selbst wenn man zugunsten der Kläger davon ausgehe, dass der von den Beklagten eingenommene Standpunkt, die Kläger stünden mit ihren bereicherungsrechtlichen Rückabwicklungsansprüchen nach einer Zwangsversteigerung nicht schlechter als vorher, falsch gewesen sei, und wenn man weiter davon ausgehe, dass die Beklagten diesen falschen Rechtsstandpunkt

auch der WKA mitgeteilt hätten, beruhe der geltend gemachte Schaden nicht hierauf. Die Kläger hätten die WKA ersichtlich nicht dazu bewegen können, von der Zwangsversteigerung Abstand zu nehmen. Die WKA sei nicht länger bereit gewesen, auf eine Rückabwicklung des unwirksamen Kaufvertrages zu warten.

B.

Diese Begründung hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

I.

Das Berufungsgericht hat allerdings zutreffend ausgeführt, dass dann, wenn in der Person des Beklagten zu 1) ein Haftungstatbestand gegeben ist, der Beklagte zu 2) in gleicher Weise haftet. **Er war ab August 1985 als Rechtsanwalt zugelassen, arbeitete vorher wie nachher in der Kanzlei des Beklagten zu 1) mit und erweckte nach seiner Zulassung den Anschein einer Sozietät mit dem Beklagten zu 1).** Dann haftet er auch wie ein Sozius (*ständige Rechtsprechung, vgl. BGHZ 124, 47, 48 f; BGH, Urt. v. 24.1.1991 - IX ZR 121/90, NJW 1991, 1225; v. 8.7.1999 - IX ZR 338/97, NJW 1999, 3040, 3041*).

Die den Beklagten zur Last gelegten Pflichtverletzungen betreffen durchweg den Zeitraum nach August 1985. Die Revisionserwiderung des Beklagten zu 2) wendet sich denn auch nicht gegen die Anwendung der dargestellten Grundsätze.

II.

Die Zahlungsklage ist dem Grunde nach gerechtfertigt, soweit sie darauf gestützt wird, dass die Beklagten den Schadenersatzanspruch der Kläger gegen den Notar haben verjähren lassen.

1. Die Kläger haben gegen den Notar einen Schadenersatzanspruch gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO.

a) Dem Berufungsgericht ist jedenfalls im Ergebnis darin zuzustimmen, dass der Notar seine Amtspflichten verletzt hat.

aa) Der Notar hätte die Beurkundung vom 11.10.1983 ablehnen müssen. **Ein Notar darf nicht sehenden Auges ein nichtiges Geschäft beurkunden** (§ 4 BeurkG); das vertrüge sich nicht mit seiner Aufgabe als Organ der Rechtspflege (§ 1 BNotO).

Das beurkundete Geschäft war nichtig. Die Kläger wollten nicht lediglich das Sondereigentum an dem Rohbau ihrer Doppelhaushälfte „bis zur Oberkante Kellerdecke“ erwerben, sondern an dem gesamten Rohbau. **Das, was der Beklagte beurkundet hat, war von den Parteien nicht ernsthaft gewollt. Falls der beurkundete Vertrag nicht als Scheingeschäft (§ 117 BGB)**

unwirksam war (für diesen Fall vgl. BGH, Urt. v. 9.12.1991 - NotSt (Brfg) 2/91, BGHR-BeurkG § 4 - Zweck, unredlicher 1; Sandkühler, in: Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 4. Aufl., § 14 Rdnr. 82), **konnte er jedenfalls nur in Verbindung mit einer formell und materiell wirksamen Beurkundung des „restlichen Geschäfts“ wirksam werden.** Ob es dazu kam, war am 11.10.1983 ungewiss.

Pflichtwidrig war es auch, dass der Notar die Vertragsparteien unter Ziff. III (3) d der Urkunde vom 11.10.1983 **wahrheitswidrig versichern ließ**, „dass sie außerhalb dieses Vertrages keine beurkundungspflichtigen Abmachungen ... getroffen haben“. Dadurch hat der Notar die Vollständigkeit der Urkunde vorgespiegelt und einen falschen Anschein erweckt. Das verstößt gegen die **Pflicht zur redlichen Amtsführung** (§ 14 Abs. 2 BNotO, § 4 BeurkG). Der Notar hätte die Vertragsparteien auf die zumindest vorläufige Unwirksamkeit der Beurkundung aufmerksam machen müssen (vgl. BGH, Urt. v. 9.7.1992 - IX ZR 209/91, WM 1992, 1662, 1663). Dies hat er unterlassen.

bb) Eine weitere Pflichtverletzung hat der Notar begangen, als er tags darauf - am 12.10.1983 - an der Errichtung der privatschriftlichen Urkunde mitwirkte, in welcher der „restliche Rohbau“ verkauft wurde. Wenn insoweit ein Vertrag geschlossen worden wäre, wäre er formnichtig gewesen. Indes ist nicht einmal ein Vertrag zustande gekommen, **weil sich die Beteiligten über die Höhe des Kaufpreises nicht einigen konnten** (§ 154 Abs. 1 Satz 1 BGB). Indem der Notar die Kläger und die Verkäuferin den „Vertrag“ unterschreiben ließ, ohne klarzustellen, dass diese Unterschriften rechtlich wirkungslos waren, hat er wiederum einen falschen Anschein erweckt und damit der Pflicht zur wahrheitsgemäßen Bezeugung (§ 14 Abs. 2 BNotO) zuwidergehandelt (vgl. BGHZ 134, 100, 108 f; Sandkühler, a.a.O., Rdnr. 64).

Gegen die Ansicht des Berufungsgerichts, bezüglich des Kaufpreisanspruchs habe ein offener Dissens vorgelegen, wenden sich die Revisionserwiderungen der beiden Beklagten im Wege einer Gegenrüge. Sie machen darauf aufmerk-

sam, dass § 154 Abs. 1 BGB lediglich eine Auslegungsregel enthalte, die unanwendbar sei, wenn sich die Parteien trotz der noch offenen Punkte erkennbar hätten vertraglich binden wollen. Davon sei im vorliegenden Fall auszugehen, weil die Kaufvertragsparteien im Zeitpunkt des Vertragsschlusses bereits mit dem Vollzug des Vertrages begonnen gehabt und den Vollzug danach fortgesetzt hätten.

Diese Gegenrügen greifen nicht durch. Zwar haben die Kaufvertragsparteien den Vertrag tatsächlich – vor und nach dem 11./12.10.1983 – umgesetzt. Dies könnte darauf hindeuten, dass sie sich trotz der fehlenden Einigung über den Kaufpreis haben binden wollen. Um die Anwendung der **Auslegungsregel des § 154 Abs. 1 BGB** auszuschließen, muss aber noch hinzukommen, **dass sich die verbliebenen Vertragslücken ausfüllen lassen** (BGH, Urt. v. 20.9.1989 – VIII ZR 143/88, NJW 1990, 1234, 1235; Staudinger/Bork, BGB 13. Bearb., § 154 Rdnr. 3, 8; Palandt/Heinrichs, BGB 59. Aufl., § 154 Rdnr. 2). Das ist hier nicht der Fall.

Der unvollständige Vertrag enthält keine Hinweise darauf, wie sich die Parteien die Schließung der Lücke vorgestellt haben. Das dispositive Gesetzesrecht bietet ebenso wenig eine Lösung. Die Vorschriften der §§ 315, 316 BGB sind nicht anwendbar, weil sich aus den getroffenen Abmachungen und dem nachfolgenden Verhalten der Kaufvertragsparteien nicht ergibt, dass einer Seite ein Bestimmungsrecht zustehen sollte (vgl. BGHZ 94, 98, 102; BGB, Urt. v. 5.7.1991 – V ZR 117/90, NJW-Rn 1992, 142). Die Anwendung des § 317 BGB scheidet aus, weil die für die Arbeitsleistungen anzusetzenden „Freundschaftspreise“ von einem Dritten nicht bestimmt werden können. Dies – und die damit zusammenhängende fehlende Heilungskraft der Eigentumsumschreibung – hat bereits das Oberlandesgericht in seinem Urteil vom 17.5.1985 (14 U 179/84) zutreffend erkannt.

Da es bereits an einem Vertragsschluss fehlt, kommt es auf den Mangel der notariellen Form (§ 313 Satz 1 BGB), auf den das Berufungsgericht abgehoben hat, nicht an.

cc) **Pflichtwidrig** – weil unvereinbar mit einer redlichen Amtsführung (§ 14 Abs. 2 BNotO) – **war es schließlich auch, dass der Notar den Vertrag vollzog, obwohl sich die Beteiligten – wie er wusste – bis zuletzt über den noch offenen Punkt nicht nur nicht geeinigt, vielmehr endgültig zerstritten hatten.**

Der Notar veranlasste die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten der Kläger. Am 16.12.1983 beurkundete er die Auflassung und anschließend zahlte er den von den Klägern bei ihm hinterlegten Betrag von 110.000 DM (mit dem der Grundstücksanteil und der Keller bis zur Oberkante Kellerdecke abgegolten werden sollte) an die Verkäuferin aus. Schließlich veranlasste er die Umschreibung des Eigentums.

Bei alledem wusste der Notar, dass seine Versicherung, der Kaufvertrag sei „rechtswirksam“, nicht der Wahrheit entsprach. Er hat als Partei im vorliegenden Verfahren vorgetragen, er habe schon am 11.10.1983 die Beteiligten darauf hingewiesen, dass eine „Nachtragsbeurkundung“ erforderlich sei, sobald sie sich geeinigt hätten, und dass „ohne die Nachtragsbeurkundung ein vertragsloser Zustand bestehe“. **Bei einem „vertragslosen Zustand“ durften die „Vereinbarungen“ vom 11./12.10.1983 nicht von ihm vollzogen werden.**

b) Zu Recht hat das Berufungsgericht ferner angenommen, dass der Notar seine Amtspflichten vorsätzlich verletzt hat. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **handelt ein Amtsträger vorsätzlich, wenn er sich bewusst über die verletzte Amtspflicht hinwegsetzt. Zum Vorsatz gehört die Kenntnis der Tatsachen, aus denen sich die Pflichtverletzung objektiv ergibt, und das Bewusstsein der Pflichtwidrigkeit, d.h. das Bewusstsein, gegen die Amtspflicht zu verstoßen.** Zumindest muss der Amtsträger mit der Möglichkeit eines solchen verstosses rechnen und diesen billigend in Kauf nehmen (vgl. BGHZ 120, 176, 181; BGH, Urt. v. 6.10.1994 – III ZR 134/93, WM 1995, 64, 66).

Mehr ist für den Vorsatz nicht zu verlangen. **Insbesondere ist nicht erforderlich, dass der Amtsträger die Schädigung derjenigen will, die durch die verletzte Amtspflicht geschützt werden.** Im vorliegenden Fall hat der Notar – wie sich aus den Ausführungen zu a) ergibt – bewusst seinen Amtspflichten zuwidergehandelt.

c) Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts beruht der geltend gemachte Schaden zum Teil – nämlich soweit er nach dem 11.10.1983 entstanden ist – auf den dargestellten Pflichtverletzungen.

aa) Das Berufungsgericht hat zu Recht an der Ursächlichkeit im natürlichen Sinne nicht gezweifelt. Hätte sich der Notar pflichtgemäß verhalten, wären die Verträge vom 11./12.10.1983

weder geschlossen noch gar vollzogen worden. Dann hätten die Kläger nach diesem Zeitpunkt nicht mehr in das Objekt investiert; insofern wäre ihnen kein Schaden entstanden.

bb) Unzutreffend ist die Ansicht des Berufungsgerichts, der (nach dem 11.10.1983 entstandene) Schaden falle nicht in den Schutzbereich der verletzten Amtspflichten.

Ersatz kann nur für solche Schadenfolgen verlangt werden, die innerhalb des Schutzbereichs der verletzten Pflicht liegen. Notwendig ist ein innerer Zusammenhang mit der durch den Schädiger geschaffenen Gefahrenlage, nicht nur eine bloß zufällige äußere Verbindung (BGH, Urt. v. 27.5.1993 - IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1517; v. 18.11.1999 - IX ZR 402/97, WM 2000, 35, 38).

Die Verpflichtung des Notars, unwirksame Beurkundungen zu unterlassen oder es zu unterlassen, in anderer Weise zum Abschluss unwirksamer Rechtsgeschäfte beizutragen oder solche zu vollziehen, soll den Betroffenen davor **schützen, dass er im Vertrauen auf die vermeintliche Wirksamkeit des Geschäfts Aufwendungen tätigt, die sich wegen dessen Unwirksamkeit als nutzlos herausstellen.** Darunter fallen bei einem unwirksamen Erwerb zunächst alle Aufwendungen, die getätigt werden, um die Gegenleistung aufzubringen. Außerdem soll der Betroffene davor geschützt werden, auf den vermeintlich erworbenen Gegenstand wertsteigernde Verwendungen vorzunehmen.

Zwar hat das Berufungsgericht angenommen - und dagegen wendet sich die Revision nicht -, der Verlust des Wohnungseigentums beruhe auf der Zwangsversteigerung und diese sei nicht durch die Unwirksamkeit der „Verträge“ vom 11./12.10.1984 ausgelöst worden, sondern durch den von den Klägern selbst zu verantwortenden Mangel an Geldmitteln. Dadurch wird jedoch nicht infrage gestellt, dass die Aufwendungen bei wertender Betrachtung in den Schutzbereich der verletzten Amtspflichten fallen.

Die Kläger machen nicht das positive Interesse geltend. Sie wollen nicht so gestellt werden, als wenn sie Wohnungseigentümer wären. **Die Kläger verlangen vielmehr das negative Interesse, d.h. Ersatz der nutzlosen Aufwendungen, die sie im Vertrauen auf die Rechtsbeständigkeit des Wohnungserwerbs erbracht haben.**

Die Pflicht des Notars, nicht zum Abschluss unwirksamer Rechtsgeschäfte beizutragen, soll vor solchen Leistungen auch und gerade dann

schützen, wenn der Betroffene sich damit - wegen mangelnder Finanzkraft - „übernimmt“. Ob und in welchem Umfang die Aufwendungen bei einer bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung des Kaufvertrages hätten berücksichtigt werden können - hinsichtlich der Finanzierungskosten wäre das beispielsweise nicht möglich gewesen (vgl. BGHZ 116, 251, 256 f) -, ist ebenfalls unerheblich. Die Kläger sollten bereits davor bewahrt werden, solche nutzlosen Aufwendungen überhaupt zu tätigen, derentwegen sie später - mit ungewissen Erfolgsaussichten - schuldrechtliche Ausgleichsansprüche geltend machen mussten.

d) Falls eine **anderweitige Ersatzmöglichkeit** bestehen sollte, kann sich der Notar nicht darauf berufen, weil ihm Vorsatz zur Last fällt (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO).

2. Der Schadenersatzanspruch gegen den Notar ist **verjährt**. Ein Anspruch wegen notarieller Amtspflichtverletzung verjährt gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, §§ 839, 852 BGB in drei Jahren, beginnend mit der Kenntnis des Geschädigten von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen. Die Kenntnis vom Schaden setzt den Schadeneintritt voraus. **Ein Schaden ist eingetreten, wenn sich die Vermögenslage des Betroffenen verschlechtert hat, mögen auch Umfang und Endgültigkeit der Beeinträchtigung noch ungewiss sein** (ständige Rechtsprechung, vgl. BGH, Urt. v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97, WM 1999, 1330, 1333 f; v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98, WM 1999, 1642, 1643).

Im vorliegenden Fall **verschlechterte sich die Vermögenslage der Kläger, sobald sie auf den nicht wirksam abgeschlossenen Kaufvertrag Leistungen erbrachten oder Aufwendungen auf die erworbene Immobilie tätigten.** Kenntnis vom Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen hatten die Kläger möglicherweise schon am 12.5.1984. Mit Schriftsatz von diesem Tag haben sie im Verfahren (19 O 173/84) vor dem Landgericht die Nichtigkeit des Kaufvertrages gerügt. Spätestens mit Bekanntgabe des Beschlusses des Oberlandesgerichts vom 5.2.1985, mit dem das Gericht mitteilte, dass es die Auffassung der Kläger zur Nichtigkeit des Kaufvertrages teile und ihrer Berufung stattgeben würde, hatten die Kläger diese Kenntnis. Der Beschluss ging ihnen noch im Februar 1985 zu.

Der Beginn der Verjährungsfrist wurde nicht wegen eines „Verweisungsprivilegs“ des Notars (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO) hinausgeschoben

(siehe unter 1. d)). Die Verjährungsfrist ist somit spätestens im Februar 1988 abgelaufen. Eine zur Unterbrechung der Verjährung geeignete Maßnahme war erst die Einreichung der Klageschrift am 12.1.1990. Diese kam zu spät.

3. Den Eintritt der Verjährung haben die Beklagten zu verantworten. Zu der **Anwaltpflicht**, im Rahmen des Auftrags die Belange des Auftraggebers nach jeder Richtung wahrzunehmen und ihm voraussehbare und vermeidbare Nachteile zu ersparen, gehört insbesondere die Verpflichtung, einem Rechtsverlust des Mandanten wegen Verjährung durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

Der Beklagte zu 1) hatte die rechtlichen Interessen der Kläger während des gesamten Zeitraums vom Beginn bis zur Vollendung der Verjährung zu vertreten, der Beklagte zu 2) ab August 1985, also auch er in der entscheidenden Phase. Das Mandat der Beklagten endete frühestens am 8.3.1988.

Die Beklagten haben zur Unterbrechung der Verjährung gegen den Notar nichts unternommen, weil sie irrig meinten, diesen treffe keine Haftung (Schreiben der Beklagten an die Kläger vom 7.3.1988). Diese Fehleinschätzung war schuldhaft, zumal die Beklagten die Unwirksamkeit des Kaufvertrages durchaus erkannt und in den Vorprozessen entsprechend vorgetragen hatten.

4. Ein **Mitverschulden** ist den Klägern nicht vorzuwerfen. Da die Verjährung spätestens im Februar 1988 eingetreten war, hatte der – seit Frühsommer 1988 eingeschaltete – neue Anwalt der Kläger keine Möglichkeit mehr, den Schaden abzuwenden.

III.

Auch die Feststellungsklage scheitert nicht – wie das Berufungsgericht angenommen hat – an dem Erfordernis der Kausalität. Der entsprechende Antrag ist vielmehr zulässig und begründet. Soweit es um die Schäden geht, welche die Kläger mit der Zahlungsklage geltend gemacht haben, erfolgt die begehrte Feststellung bereits mit dem Ausspruch des Grundurteils. Die Beklagten haben auch für weitere Schäden einzustehen, die sich aus der Verjährung des den Klägern gegen den Notar zustehenden Anspruchs ergeben. Ein derartiger weiterer Schaden ist insbesondere die Kostenlast aus der Abweisung der Klage gegen den Notar.

IV.

Das Berufungsgericht hat die Zahlungsklage auch insoweit zu Unrecht abgewiesen, als sie darauf gestützt wird, die Beklagten hätten pflichtwidrig die Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums nicht abgewendet.

1. Die Beklagten haben dadurch, dass sie die Kläger dahin beraten – und entsprechend die WKA unterrichtet – haben, ihre Rückabwicklungsansprüche würden durch die Zwangsversteigerung der Kaufsache nicht berührt, und dann auch nichts unternommen haben, um die Zwangsversteigerung zu verhindern, ihre anwaltliche Pflicht, Schaden von den Mandanten abzuwenden, schuldhaft verletzt.

a) Das Berufungsgericht hat es für unerheblich gehalten, ob die den Klägern erteilte Auskunft der Beklagten, die Rückabwicklungsansprüche gegen die Verkäuferin der Immobilie würden erhalten bleiben, falsch war. Es hat sich deshalb zu der Frage, ob die Beklagten insoweit pflichtwidrig gehandelt haben, nicht abschließend geäußert. An der Pflichtverletzung können indes keine Zweifel bestehen. Das Berufungsgericht hat im Ausgangspunkt zutreffend gemeint, die – von den Beklagten als solche nicht geleugnete – Auskunft sei falsch gewesen, wenn die Kläger mit ihren Rückabwicklungsansprüchen nach der Zwangsversteigerung ungünstiger dagestanden hätten als ohne diese. Ob Letzteres der Fall gewesen sei, hat das Berufungsgericht für ungeklärt gehalten. Das spricht dafür, dass es die Frage für eine tatsächliche gehalten hat. Es handelt sich jedoch um eine Rechtsfrage.

Die Zwangsversteigerung verschlechterte die Rechtsstellung der Kläger insoweit, als sie dadurch auch wegen solcher Aufwendungen, welche sie schon vor dem 11.10.1983 getätigt hatten – und für die deshalb der Notar nicht einzustehen brauchte –, ein Zurückbehaltungsrecht verloren. Darüber hinaus war die Zwangsversteigerung nachteilig, weil spätere Aufwendungen, die bei der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung „Wohnungseigentum gegen Kaufpreis“ hätten berücksichtigt werden können, bei einer Abwicklung „Wert des (versteigerten) Wohnungseigentums gegen Kaufpreis“ außer Ansatz bleiben mussten.

Bei der zuerst genannten Abwicklung hätten die Verwendungen der Kläger auf das gekaufte Wohnungseigentum ohne Rücksicht darauf, ob sie zu einer Werterhöhung der Sache geführt haben,

berücksichtigt werden können (vgl. BGHZ 137; 314, 317; Palandt/Thomas, § 818 BGB Rdnr. 41); bei der letztgenannten waren die Aufwendungen nur beachtlich, soweit sie zu einer Werterhöhung geführt hatten. Eine solche Werterhöhung haben die Beklagten bestritten. Damit ist nach ihrem eigenen Vortrag von einem Schaden – und somit von einer Pflichtverletzung – auszugehen.

b) Die Pflichtverletzung war fahrlässig, weil die Beklagten unter Anwendung der erforderlichen Sorgfalt erkennen konnten und mussten, dass die Zwangsversteigerung und der dadurch bedingte Wegfall des Bereicherungsgegenstands die Berücksichtigungsfähigkeit der von ihren Mandanten – den Klägern – getätigten Aufwendungen nachteilig beeinflusste.

2. Aus den Ausführungen zu 1. folgt zugleich, dass die Kläger einen **Schaden** erlitten haben. Mit dem Verlust des Wohnungseigentums in der Zwangsversteigerung waren insbesondere die Leistungen, welche die Kläger vor dem 11.10.1983 erbracht hatten, für sie nutzlos.

3. Die schuldhafte Pflichtverletzung der Beklagten kann für den Schaden **ursächlich** gewesen sein. Die Auffassung des Berufungsgerichts, dieser lasse sich nicht auf die mangelhafte Interessenwahrnehmung seitens der Beklagten zurückführen, ist rechtlich fehlerhaft.

Das Berufungsgericht hat allerdings nicht feststellen können, dass die WKA die Zwangsversteigerung nicht (weiter) betrieben hätte, wenn ihr seitens der Beklagten die Nachteile geschildert worden wären, die den Klägern durch die Zwangsversteigerung in Bezug auf den beabsichtigten Bereicherungsausgleich drohten. Nach dem Beweisergebnis sei die WKA – so das Berufungsgericht – nicht länger bereit gewesen, auf die Rückabwicklung zwischen den Vertragsparteien zu warten.

Dagegen wendet sich die Revision nicht. Sie macht indes darauf aufmerksam, dass die Beklagten der WKA die Abtretung des Schadenersatzanspruchs hätten anbieten können, den die Kläger gegen den Notar hatten. Damit macht die Revision geltend, dass die Beklagten es unterlassen hätten, der WKA konstruktive Vorschläge zu unterbreiten, wie deren Darlehensforderungen zurückzuführen waren. In den Tatsacheninstanzen haben die Kläger bereits darauf hingewiesen, dass insoweit auch die Abtretung der klägerischen Rückabwicklungsansprüche in Betracht gekommen wäre.

Wenn der WKA die Folgen einer Zwangsversteigerung für die Kläger – und mittelbar auch für die WKA selbst – zutreffend und nicht verharmlosend dargestellt worden wären und ihr vorgeschlagen worden wäre, dass ihr gegen eine Lastenfreistellungserklärung der Schadenersatzanspruch der Kläger gegen den Notar und der bereicherungsrechtliche Rückabwicklungsanspruch gegen die Verkäuferin abgetreten werden, hätte sich die WKA möglicherweise – der Vernunft gehorchend – darauf eingelassen. Da der Verkehrswert der Immobilie auf 190.000 DM geschätzt worden war, musste mit einem Versteigerungsergebnis, wie es dann erzielt worden ist, gerechnet werden.

Nach der Zwangsversteigerung, die der WKA lediglich 134.000 DM eintrug, hatte sie nur noch eine Forderung gegen die anscheinend vermögenslosen Kläger. Nach der Darstellung des erstinstanzlich vernommenen Zeugen B., des zuständigen Sachbearbeiters der WKA, tilgen die Kläger ihre Restverbindlichkeiten bei der WKA in Höhe von weit über 300.000 DM mit dem – eher symbolisch zu verstehenden – Betrag von 50 DM monatlich. Demgegenüber hätte ohne die Zwangsversteigerung allein die Abtretung des Bereicherungsanspruchs der Kläger gegen die Verkäuferin der WKA möglicherweise 190.000 DM eingebracht. Denn in dieser Höhe hatten die Kläger nach den Feststellungen des Landgerichts im Vorprozess (19 O 499/85) schon auf den Rohbau Leistungen erbracht, die bei einer bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung zu berücksichtigen waren.

Es ist nicht auszuschließen, dass die WKA, ausgestattet mit einem entsprechenden Angebot der Kläger, spätestens in dem Zeitpunkt, als sie erkennen musste, wie das Versteigerungsverfahren enden würde, den Zwangsversteigerungsantrag zurückgenommen hätte. Das hat das Berufungsgericht nicht bedacht.

Soweit die Zwangsversteigerung Vermögenswerte der Kläger beeinträchtigt hat, liegt der Schaden auch im **Schutzbereich** der verletzten Pflicht, die Zwangsversteigerung zu verhindern.

4. Ein **mitwirkendes Verschulden** kann den Klägern nicht vorgeworfen werden. Falls diese den finanziellen Belastungen des Kauf- und Bauvorhabens nicht gewachsen waren, ist dies unerheblich, wenn die WKA bei pflichtgemäßem Verhalten der Beklagten auf deren Vorschläge eingegangen wäre und von einer Zwangsversteigerung des Objekts abgesehen hätte.

C.

Das angefochtene Urteil ist somit aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO). Die Sache ist insoweit entscheidungsreif (§ 565 Abs. 3 Satz 1 ZPO), als sie den auf das Verjährenlassen des Notarhaftungsanspruchs gestützten Zahlungsantrag – insoweit kann ein Grundurteil ergehen (§ 304 Abs. 1 ZPO) – und den Feststellungsantrag betrifft. Zur Verhandlung und Entscheidung über die Höhe des geltend gemachten Zahlungsanspruchs wird die Sache an das Berufungsgericht zurückverwiesen (§ 565 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

Eine Zurückverweisung ist außerdem insoweit erforderlich, als der Zahlungsantrag auf die unterlassene Verhinderung der Zwangsversteigerung gestützt wird. In diesem Umfang ist die Sache noch nicht – auch nicht dem Grunde nach – entscheidungsreif. Wie sich die WKA verhalten hätte, wenn die Beklagten ihr namens der Kläger die Abtretung der Ansprüche gegen den Notar und die Verkäuferin angetragen hätten, bedarf noch der Feststellung.

Honorar des Rechtsanwalts

- Besprechungsgebühr
 - Telefonat mit Steuerberater des Mandanten
 - Telefonat mit Bank des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.7.2001 – 24 U 153/00)

Leitsatz:

Gespräche und Verhandlungen des Rechtsanwalts mit Dritten, die im „Lager“ seines Mandanten stehen und denen gegenüber Interessen des Mandanten nicht wahrgenommen werden sollen, lösen eine Besprechungsgebühr nicht aus.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel des Klägers, mit welchem er die Teilabweisung seiner auf Zahlung gerichteten Klage (19.794,49 DM zuzüglich Zinsen) sowie (klageerweiternd) weitere Verzugssschäden geltend macht, ist zum Hauptanspruch unbegründet. Hinsichtlich des geltend gemachten weiteren Verzugssschadens hat es einen Teilerfolg.

1. Der Kläger kann aus abgetretenem Recht (§ 398 BGB) keine Besprechungsgebühr (§ 118 Abs. 1 Nr. 2 BRAGO) verlangen.

Die Zedenten (Rechtsanwälte S. und D.) haben bei der außergerichtlichen Beratung der Beklagten durch den sachbearbeitenden Zedenten Rechtsanwalt S. keine Tätigkeit entfaltet, die geeignet gewesen wäre, den in Rede stehenden Gebührentatbestand zu erfüllen.

Die Ansicht des Klägers, die von Rechtsanwalt S. im Auftrag der Mandanten (Mitgeschäftsführer der Beklagten zu 1)) geführten fernmündlichen Gespräche mit der Sachbearbeiterin der Hausbank und mit dem Steuerberater der Beklagten, jeweils mit dem Ziel, die Rücküberweisung durch den Beklagten zu 2) (jetziger Alleingeschäftsführer der Beklagten zu 1)) veruntreuter Gelder (rund 5,5 Mio. DM) kurzfristig herbeizuführen, seien Besprechungen i.S.d. § 118 Abs. 1 Nr. 2 BRAGO, trifft nicht zu.

a) Nach der genannten Vorschrift erwächst die Gebühr u.a. für das Mitwirken an Besprechungen, die im Einverständnis mit dem Auftraggeber mit dem Gegner oder einem Dritten geführt werden. Für eine mündliche oder fernmündliche Nachfrage erhält der Rechtsanwalt diese Gebühr nicht (§ 118 Abs. 1 Nr. 2 letzter Halbsatz BRAGO).

Die **Besprechungsgebühr** soll nach ganz einhelliger Meinung eine zusätzliche Leistung des Rechtsanwalts honorieren, die durch die Geschäftsgebühr (§ 118 Abs. 1 Nr. 1 BRAGO) noch nicht abgegolten ist (vgl. nur Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, BRAGO 14. Aufl., § 118 Rdnr. 8). Daraus folgt, dass alle Tätigkeiten, die von der Geschäftsgebühr erfasst werden, nicht geeignet sind, die Besprechungsgebühr auszulösen.

Ganz einhellig ist auch die Auffassung, dass die **Informationsbeschaffung grundsätzlich durch die Geschäftsgebühr abgegolten** wird (vgl. Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O., Rdnr. 5, Schürmann/Geißinger, BRAGO 2. Aufl., § 118 Rdnr. 21; Swolana/Hansens, BRAGO 8. Aufl., § 118 Rdnr. 21; Riedel/Süßbauer/Schneider, BRAGO 8. Aufl., § 118 Rdnr. 35; Göttlich/Mümmeler/Braun/Rehberg, BRAGO – Sonstige Angelegenheiten, S. 1347).

Insoweit decken sich die Geschäftsgebühr für die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts und die Prozessgebühr (§ 31 Abs. 1 Nr. 1 BRAGO), welche er für seine im Rahmen eines Prozessauftrags entfalteten Tätigkeiten erhält. Im Rahmen des Prozessauftrags spielt es dabei keine Rolle, von wem der Rechtsanwalt die erforderlichen Informationen beschafft.

Gleichgültig ist also, ob sie von dem Auftraggeber oder beliebigen Dritten erteilt werden. Alle diese Tätigkeiten werden mit der Prozessgebühr abgegolten (vgl. *Senat, OLG-Report 2000, 314 m.w.N.*).

Die **Verhandlungsgebühr** (§ 31 Abs. 1 Nr. 2 BRAGO) oder die ihr **gleichgestellte Erörterungsgebühr** (§ 31 Abs. 1 Nr. 4 BRAGO) werden erst ausgelöst, wenn der Rechtsanwalt auf der Grundlage der erteilten Informationen und ihrer Verwertung (z.B. durch Fertigung der Klageschrift) das Anliegen seines Auftraggebers weiter fördert, indem er (vor Gericht) mit dem Gegner den Rechtsstreit verhandelt oder erörtert. Es ist deshalb ohne Bedeutung, mit welchem Aufwand die Informationsbeschaffung und -verarbeitung verbunden gewesen ist. Der Gesetzgeber lässt in gleichsam pauschalierender Weise die Tätigkeiten des Rechtsanwalts honorieren.

Zutreffend wird deshalb darauf hingewiesen (vgl. *nur Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O., Rdnr. 8*), dass die **Verhandlungsgebühr** (und nach Auffassung des Senats ebenso die Erörterungsgebühr) im Wesentlichen der Besprechungsgebühr im außergerichtlichen Mandat entspricht. Dafür steht schon der Wortlaut „Mitwirken bei mündlichen Verhandlungen“.

Wird mit der Deckungsgleichheit Ernst gemacht, **kann die Besprechungsgebühr keinesfalls durch bloße Informationsbeschaffung bei Dritten ausgelöst werden**. Darauf deutet der Wortlaut des letzten Halbsatzes „mündliche oder fernmündliche Nachfrage“ hin.

Dennoch entspricht es einer verbreiteten, allerdings vielfach zu widersprüchlichen Ergebnissen (vgl. z.B. *OLG München, AnwBl 1983, 573*) neigenden Kasuistik in der instanzlichen Rechtsprechung, dass die Information des Rechtsanwalts durch Dritte, selbst wenn sie im Lager des Mandanten stehen, die Besprechungsgebühr auslösen soll (vgl. *die Nachweise bei Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O., Rdnr. 8*).

Eine Einschränkung wird insoweit vorgenommen, als Bevollmächtigte des Mandanten oder dessen gesetzliche Vertreter nicht als „Dritte“ gelten (vgl. *Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O.; Swolana/Hansens, a.a.O.; Göttlich/Mümmeler/Braun/Rehberg, a.a.O., S. 1348; Hartmann, Kostengesetze 30. Aufl., § 118 BRAGO Rdnr. 51; ähnlich Riedel/Süßbauer/Schneider, a.a.O., Rdnr. 37: „Personen, die im Auftrag des Auftraggebers handeln“*).

Vielfach wird auch der informierende Ehegatte nicht als Dritter gesehen (*Riedel/Süßbauer/Schneider, a.a.O.; Hartmann, a.a.O., Rdnr. 52; Swolana/Hansens, a.a.O.*).

Der Senat hat schon früher auf den Willen des Auftraggebers abgestellt. Ist dieser darauf gerichtet, dass die Person, die zusätzlich eingeschaltet wird, neben dem Auftraggeber oder an seiner Stelle den Rechtsanwalt informiert, so ist diese Person nicht Dritter (*Senat, JB 1994, 352*). **Es muss dem Willen des Mandanten entsprechen, dass der Rechtsanwalt in einer Besprechung mit dem Dritten auch die Interessen des Auftraggebers gerade diesem Dritten gegenüber wahrnimmt, wenn eine Besprechung i.S.v. § 118 Abs. 1 Nr. 2 BRAGO angenommen werden soll** (*Senat, a.a.O.*). Daran hält der Senat fest.

b) Hinzu kommt Folgendes:

Die Zuerkennung einer **Besprechungsgebühr für die Informationsbeschaffung** widerspricht dem im Gesetz zum Ausdruck gekommenen Anliegen, dass die Informationsaufnahme und -verarbeitung einen eigenen einheitlichen Gebührentatbestand darstellt. Damit verträgt sich weder systematisch noch aus Gründen der Gerechtigkeit, für die Informationsaufnahme zwei Gebührentatbestände zu schaffen, nämlich je nachdem, ob Informant der Auftraggeber oder ein Dritter ist.

Für diese Beurteilung spricht auch, dass die Informationsaufnahme zwar zu der wichtigsten Tätigkeit des Rechtsanwalts bei Mandatsbeginn gehört (vgl. *Vollkommer, Anwaltschaftung, Rdnr. 101*), **dass er aber nicht verpflichtet ist, eigene Nachforschungen zur Vervollständigung der Informationen zu betreiben** (*Vollkommer, a.a.O., Rdnr. 112*). Das gilt nur insoweit nicht, als der Rechtsanwalt im Informationsgespräch Hinweise auf Register oder Verfahrensakten erhält. Diese muss er beiziehen und/oder einsehen (*Vollkommer, a.a.O., Rdnr. 113*). Diese bisweilen umfangreichen Recherchen lösen aber ebenfalls über die Geschäftsgebühr hinaus keine weitere Gebühr aus, was ganz unbestritten ist (vgl. *nur Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O., Rdnr. 5*).

Besprechungen und Verhandlungen mit Dritten lösen deshalb nur dann die Besprechungsgebühr aus, wenn es dem Gegenstand nach nicht um Informationserteilung geht, sondern darum, die Angelegenheit des Mandanten auf der Grundlage der erteilten Informationen weiter zu fördern.

c) Unter Anlegung dieses Maßstabs haben die beiden hier umstrittenen Gespräche die Besprechungsgebühr nicht ausgelöst.

aa) Das **mit der Banksachbearbeiterin geführte fernmündliche Gespräch** diente dazu, in Erfahrung zu bringen, aus welchem Grunde die Überweisung ausgeführt wurde, obwohl nach dem Gesellschaftsvertrag der Beklagte zu 2) nur gemeinsam mit einem weiteren Komplementär vertretungsberechtigt gewesen ist. Diese Information wurde wunschgemäß erteilt, löste aber nach dem vorher Gesagten keine Besprechungsgebühr aus.

Die Bitte des Rechtsanwalts S., die Bank möge ihren Einfluss auf den Beklagten zu 2) geltend machen und ihn zur Rücküberweisung des entnommenen Geldes veranlassen, löste ebenfalls keine Besprechungsgebühr aus, und zwar deshalb nicht, weil sich die Banksachbearbeiterin nach dem Vortrag des Klägers von vornherein auf eine diesbezügliche Besprechung nicht eingelassen hatte (vgl. Hartmann, a.a.O., Rdnr. 49 m.w.N.).

bb) Aber auch das **fernmündliche Gespräch mit dem Steuerberater** der beklagten Gesellschaft vermochte die Besprechungsgebühr nicht auszulösen, obwohl der Steuerberater nach bestrittener Darstellung des Klägers auf das Anliegen (Einflussnahme auf den Beklagten zu 2), um ihn zur Rücküberweisung zu veranlassen) eingegangen ist.

Die Besprechungsgebühr konnte deshalb nicht anfallen, weil der **Steuerberater im Lager der Auftraggeber gestanden hat**. Ihm gegenüber hatte Rechtsanwalt S. Interessen des Mandanten nicht wahrzunehmen.

Die Besprechung mit dem Steuerberater war deshalb auch (noch) nicht geeignet, das Anliegen der Auftraggeber besonders zu fördern. Das konnte erst durch das Gespräch mit dem Beklagten zu 2) geschehen, dessen Führung der Steuerberater versprochen hatte und welches dann auch tatsächlich geführt worden sein soll.

An diesem Gespräch war Rechtsanwalt S. aber nicht beteiligt gewesen, was andernfalls eine Besprechungsgebühr hätte auslösen können (vgl. dazu Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, a.a.O., Rdnr. 8).

2. (...)

Anwaltshaftung

- Belehrungspflichten
- Weisung des Mandanten
- Vergleich

(OLG Frankfurt, Urt. v. 5.10.2000 - 3 U 91/99)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt muss sich auch beim Abschluss eines Vergleichs an die Weisungen seines Mandanten halten, es sei denn, er darf nach den Umständen annehmen, der Auftraggeber werde die Abweichung bei Kenntnis der Sachlage billigen. Bei schuldhafter Abweichung und schuldhafter Verletzung der Anzeigepflicht haftet der Rechtsanwalt, ohne dass es auf die Motivation der Weisung (z.B. rasche Regelung zwecks Steuerersparnis) ankäme.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht ein Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten wegen Verletzung ihrer anwaltlichen Sorgfaltspflichten nicht zu. (...)

a) Allerdings ist der Beklagte zu 1) **ohne Zustimmung des Klägers von dessen Weisung abgewichen**, wonach die Auszahlung der gesamten Vergleichssumme bis Ende 1996 sichergestellt werden sollte. Eine entsprechende Weisung hatte der Kläger ausdrücklich erteilt. Dass die endgültige Vergleichsfassung, bei der die Fälligkeit der Vergleichssumme aufgeteilt und ein Teilbetrag von 250.000 DM erst im Jahre 1997 fällig werden sollte, ohne vorherige Zustimmung des Klägers verbindlich getroffen wurde, ergibt sich zweifelsfrei aus dem Terminbericht des Beklagten zu 1).

Die Abweichung von der Weisung des Klägers war nicht gerechtfertigt. **Ein Rechtsanwalt muss sich grundsätzlich an die Weisungen seines Mandanten halten, es sei denn, er darf nach den Umständen annehmen, der Auftraggeber werde die Abweichung bei Kenntnis der Sachlage billigen.** Auch dann hat er indes dem Auftraggeber vor der Abweichung **Anzeige zu machen** und dessen Entschließung abzuwarten, wenn nicht mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist (§ 665 BGB).

Diese Voraussetzungen haben die Beklagten nicht dargetan. Eine zwingende Notwendigkeit, die endgültige Vergleichsformulierung ohne nochmalige Rückfrage bei dem Kläger abschließend und verbindlich zu treffen, ist nicht er-

sichtlich. Der Beklagte zu 1) hätte entweder, nachdem die Vergleichsverhandlungen nach der telefonischen Rücksprache mit dem Kläger offenbar eine neue Wendung nahmen, versuchen müssen, nochmals mit dem Kläger während der Verhandlung telefonisch Kontakt aufzunehmen, oder er hätte den Vergleich nur mit einer Widerrufsfrist abschließen dürfen. Die Abweichung von der Weisung des Mandanten war auch nicht so unbedeutend, dass sich der Beklagte zu 1) zu einer entsprechenden Vereinbarung berechtigt halten durfte.

Eine Haftung der Beklagten für ihr weisungswidriges Verhalten entfällt nach Auffassung des Senats auch nicht schon deshalb, weil der Wunsch des Klägers nach Auszahlung des Vergleichsbetrages bis Ende 1996 nicht steuerlich motiviert war. **Maßgeblich ist, dass der Auftraggeber ein weisungswidriges Geschäft nicht gegen sich gelten lassen muss.** Für die Ausführung des Geschäfts ist stets der Wille des Geschäftsherrn maßgeblich. Bei schuldhafter Abweichung und schuldhafter Verletzung der Anzeigepflicht haftet der Geschäftsbesorger daher grundsätzlich auf Schadenersatz, **ohne dass es auf die Motivation der Weisung ankäme.**

Der Anwalt darf von Weisungen des Mandanten – bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen – nur abweichen, wenn dabei keine voraussehbaren und vermeidbaren Nachteile für den Auftraggeber entstehen (*Rinsche, Anwaltshaftung* 6. Aufl., I 138; *Boramann/Haua, Anwaltshaftung* 3. Aufl., IV 103). **Deshalb darf ein Rechtsanwalt einen endgültigen Abfindungsvergleich mit erheblicher Tragweite** – um den es sich wirtschaftlich gesehen auch hier handelte –, **regelmäßig nur schließen, wenn der Mandant hierüber belehrt ist und zugestimmt hat** (*BGH v. 21.4.1994 – IX ZR 123/93, NJW 1994, 2085 = MDR 1994, 730*).

Konnte der Beklagte zu 1) die – eventuellen – steuerlichen Nachteile der abweichenden Vergleichsregelung nicht übersehen, so durfte er sich auch nicht zu einer verbindlichen Regelung ohne Zustimmung des Klägers berechtigt halten. An dieser Beurteilung würde sich nach Auffassung des Senats auch dadurch nichts ändern, wenn der Kläger – wie die Beklagten behaupten – den Beklagten zu 1) **angewiesen haben sollte, die Angelegenheit unbedingt im Verhandlungstermin „zu Ende“ zu bringen.** Denn wenn mit einer an diesem Tag getroffenen Regelung für den Mandanten möglicherweise nachteilige Aus-

wirkungen verbunden sein konnten, die weder der Mandant noch der Beklagte zu 1) abschließend übersehen konnten, so hätte der Beklagte zu 1) unter Wahrung der äußersten anwaltlichen Vorsicht gleichwohl eine abschließende Regelung nur unter Widerrufsvorbehalt treffen dürfen.

b) Eine Haftung der Beklagten besteht jedoch deshalb nicht, weil der Kläger durch das weisungswidrige Verhalten **keinen Nachteil** erlitten hat. Die Vermögenslage des Klägers hätte sich bei weisungsgemäßigem Verhalten des Beklagten zu 1) nicht anders entwickelt als tatsächlich.

(...)

Steuerberaterhaftung

- Lohnbuchhaltung
 - Sozialversicherungsberatung
 - Polnische Arbeitnehmer
- (*LG Kleve, Urt. v. 6.7.2001 – 1 O 688/00*)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberatungsauftrag und die damit im Zusammenhang stehende Lohnbuchhaltung verpflichtet den Steuerberater nicht zur Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Fragen.
2. Die einmalige Information über Grenzen der Sozialversicherungsfreiheit lässt nicht den Schluss auf einen umfassenden Beratungsvertrag auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts zu.
3. Es besteht keine Verpflichtung zur Beratung über die Möglichkeiten und Gefahren der sozialversicherungsfreien Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer.

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten darüber, ob der Beklagte seine Beratungs- und Aufklärungspflichten aus einem Steuerberatervertrag verletzt hat.

Der Kläger betreibt einen Gartenbaubetrieb und beauftragte den Beklagten, der Steuerberater ist, mit der Durchführung der Lohnbuchhaltung. Zu seinem Aufgabenbereich gehörten u.a. die Lohnabrechnung sowie die Abrechnung und Fertigung von Beitragsnachweisen für die Sozial-

versicherung. Hierzu teilte der Kläger dem Beklagten jeweils am Monatsende per Fax die Namen der Arbeitnehmer, die Zeiträume der Beschäftigung und die Höhe der Vergütung mit.

Beim Kläger arbeiteten in den Jahren 1995 bis 1998 u.a. polnische Arbeitnehmer. Es handelte sich dabei fast nur um ständig wiederkehrende Stammkräfte. Mit Schreiben vom 18.6.1998 unterrichtete der Beklagte den Kläger von einer Prüfungsanweisung der LVA Rheinprovinz, die die zeitlichen Grenzen der Sozialversicherungsfreiheit bei ausländischen Arbeitnehmern und die Erforderlichkeit von Bescheinigungen durch ihre ausländischen Arbeitgeber betrifft, und legte diese in Kopie bei. Für zahlreiche der polnischen Arbeitnehmer entrichtete der Kläger davor und danach keine Sozialversicherungsbeiträge. Auf die zeitlichen Grenzen wies der Beklagte im Einzelfall nicht hin.

Im Jahre 1999 kündigte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte eine Betriebsprüfung an. Auf Anfrage des Klägers bestätigte der Beklagte, dass die Unterlagen vollständig und ordnungsgemäß sind. Die dann durchgeführte Prüfung ergab jedoch, dass viele polnische Arbeitskräfte über die zeitlichen Grenzen hinaus angestellt worden waren. Zudem fehlten die Nachweise der ausländischen Arbeitgeber für 1995 bis 1997, die des Jahres 1998 waren unvollständig. Die BfA verpflichtete den Kläger mit Bescheid vom 27.12.1999 zur Nachversicherung der betreffenden polnischen Arbeitnehmer.

Die Nachforderung, die der Kläger beglich, belief sich letztlich auf 83.100,72 DM brutto. Er forderte den Beklagten zuletzt mit anwaltlichem Schreiben vom 30.5.2000 zur Zahlung dieser Summe als Schadenersatz auf. Der Beklagte lehnte dies mit Schreiben vom 21.6.2000 ab. Mit der Klage wird nunmehr aufgrund eines geschätzten Steuersatzes von 50 % ein Nettobetrag von 41.550 DM geltend gemacht.

Der Kläger nimmt ständig Bankkredit zu mindestens 10 % Zinsen in Anspruch, der die Klageforderung übersteigt.

Der Beklagte erhebt die Einrede der Verjährung nach § 68 StBerG.

Der Kläger behauptet, er sei Alleininhaber des Betriebes. Jedenfalls habe ihn seine Ehefrau ermächtigt, Regressansprüche gegen den Beklagten im eigenen Namen geltend zu machen.

Die Tätigkeit des Beklagten habe sich nicht auf die Lohnbuchhaltung beschränkt, sondern er habe den Gartenbaubetrieb umfassend in sämtlichen steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen betreut. Dem Beklagten seien daher die betrieblichen Abläufe und Einstellungen von Aushilfskräften bekannt gewesen. Er ist der Ansicht, es habe zu seinen Aufgaben als Steuerberater gehört, auf die Grenzen der Beschäftigung der polnischen Arbeitnehmer zu achten und den Kläger hierüber zu informieren. Diese Beratungspflicht habe er verletzt.

Hierzu behauptet er, der Beklagte habe es nicht nur unterlassen, auf die Grenzen der Versicherungsfreiheit im Einzelfall zu achten, sondern überhaupt auf die allgemeinen Voraussetzungen dafür hinzuweisen. Außerdem habe er ihm nicht mitgeteilt, dass eine polnische Arbeitskraft nur einmal binnen Jahresfrist beschäftigt werden dürfe, um in den Genuss der Sozialversicherungsfreiheit zu kommen. Ihm selbst sei diese Problematik nicht bekannt gewesen, sondern er habe sich ganz auf den Beklagten verlassen.

Bei einem rechtzeitigen Hinweis des Beklagten vor der Betriebsprüfung wäre er in der Lage gewesen, die erforderlichen Nachweise zu beschaffen und sie der BfA vorzulegen, zumal er zu den betreffenden Arbeitnehmern fortlaufend in Kontakt stehe. Außerdem hätte er die ausländischen Aushilfskräfte nach Ablauf des sozialversicherungsfreien Zeitraums entlassen und neue einstellen können, da er auf eine freie Stelle mindestens zehn Bewerbungen habe.

(Anträge ...)

Der Beklagte bestreitet die Aktivlegitimation des Klägers. Er führe den Gartenbaubetrieb gemeinsam mit seiner Ehefrau als Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Er behauptet, er habe keine Beratung für den Kläger in Angelegenheiten der Sozialversicherung übernommen. Abgesehen davon habe er nicht die notwendigen Kenntnisse besessen, um die Frage der Sozialversicherungspflicht zu prüfen. Anhand der Mitteilungen des Klägers am Ende des Monats habe er nur im Nachhinein überprüfen können, wie lange ein Arbeitnehmer beschäftigt gewesen sei.

Es habe ferner kein Beratungsbedarf bestanden, weil dem Kläger die Problematik bekannt gewesen sei. Der Beklagte sei von ihm darauf nicht

nur im Schreiben vom 18.6.1998, sondern auch mehrfach mündlich hingewiesen worden. In Reaktion auf besagtes Schreiben habe der Kläger ihm mitgeteilt, dass für die polnischen Arbeitnehmer keine Sozialversicherungspflicht bestünde. Diese Angaben des Klägers habe er lediglich umgesetzt.

Außerdem habe der Kläger die Grenzen der Sozialversicherungsfreiheit gar nicht einhalten können, da eine Verschiebung der Saisonarbeit nicht möglich gewesen sei. Die Nachweise hätte er nachträglich nicht beschaffen können, da sich die Arbeitskräfte wieder in Polen befunden haben.

Jedenfalls treffe den Kläger ein überwiegendes Mitverschulden. (...)

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

Aus den Gründen:

I.

Die unter den Parteien umstrittene Frage, ob der Kläger überhaupt aktivlegitimiert ist oder nur gemeinsam mit seiner Ehefrau Klage erheben kann, bedarf keiner Klärung.

II.

Es besteht nämlich, weder für den Kläger allein noch als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gemeinsam mit seiner Ehefrau, ein Anspruch gegen den Beklagten auf Schadenersatz aus positiver Vertragsverletzung – der einzigen in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage.

1. Der Beklagte war nicht verpflichtet, den Kläger über Möglichkeiten und Gefahren der sozialversicherungsfreien Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern aufzuklären.

a) **Eine entsprechende besondere Vereinbarung über den eigentlichen Steuerberatervertrag hinaus haben die Parteien nicht getroffen.** Auch die Behauptung des Klägers, die Beratung durch den Beklagten habe sämtliche sozialversicherungsrechtlichen Fragen umfasst, kann nicht in diese Richtung verstanden werden. Denn die vom Kläger aufgeführten einzelnen **Tätigkeiten des Beklagten für seinen Betrieb gehen über den gesetzlich umschriebenen Inhalt eines Steuerberatervertrages nach § 33 StBerG nicht hinaus.**

Danach hat der Steuerberater die Aufgabe, im Rahmen seines Auftrags den Auftraggeber in Steuersachen zu beraten, ihn zu vertreten und ihm bei der Bearbeitung seiner Steuerangelegenheiten und bei der Erfüllung seiner steuerlichen Pflichten Hilfe zu leisten. Dazu können auch – wie dies im vorliegenden Fall geschehen ist – die Übernahme der **gesamten Lohnbuchhaltung eines Betriebes** sowie die Fertigung und Abrechnung der Beitragsnachweise für die Sozialversicherung gehören (vgl. OLG Celle, GI 2001, 19, 20). Das ist noch **keine Rechtsberatung, sondern es handelt sich um eine technische Abwicklung im unmittelbaren Zusammenhang mit der Lohnbuchhaltung.**

Nähere Umstände für eine gesonderte Vereinbarung über die Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten hat der Kläger nicht vorgetragen. Eine solche ergibt sich auch nicht aus dem Schreiben vom 18.6.1998, in dem der Beklagte ihn auf die Grenzen der Sozialversicherungsfreiheit hinwies.

Aus einer einmaligen Information über die Rechtslage kann nicht der Schluss gezogen werden, der Beklagte wolle nunmehr umfassend die Beratung auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts übernehmen. Der konkludente Abschluss eines entsprechenden Vertrages ist daher darin nicht zu sehen.

b) **Der somit allein bestehende Steuerberatervertrag verpflichtete den Beklagten nicht, den Kläger über die Möglichkeiten und Gefahren der sozialversicherungsfreien Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer aufzuklären.**

Dabei handelt es sich um Fragen des Sozialversicherungsrechts. Der Steuerberater schuldet aber nur eine steuerliche Beratung, nicht hingegen eine Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten.

Eine Rechtsberatung ist dem Steuerberater nur im Rahmen des § 1 StBerG möglich. Bei allgemeinen rechtlichen Problemen muss er den Mandanten an einen Rechtsanwalt oder Notar verweisen (vgl. OLG Köln, NJW-RR 1991, 414).

Das Sozialversicherungsrecht ist weder in § 1 StBerG genannt noch ergibt sich eine Pflicht des Steuerberaters zur Tätigkeit auf diesem Gebiet aus § 33 StBerG (vgl. unter a)). Danach schuldet der Beklagte keine Aufklärung über die Grenzen der Versicherungsfreiheit ausländischer Arbeitnehmer.

2. Eine Verpflichtung des Beklagten, im Einzelfall auf die Grenzen der Sozialversicherungsfreiheit von ausländischen Arbeitnehmern hinzuweisen, bestand ebenfalls nicht.

Auch insoweit gilt der Grundsatz, dass sich der Pflichtenkreis des Steuerberaters nicht auf eine Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten erstreckt. **Im Rahmen der – hier übernommenen – Lohnbuchhaltung geht die Verpflichtung des Steuerberaters dahin, den steuerlich relevanten Sachverhalt zu ermitteln, nicht hingegen auch den sozialversicherungsrechtlichen** (vgl. *Gounalakis*, NJW 1998, 3593, 3595 m.w.N.). Zwar kann dem Steuerberater ausnahmsweise neben der rein mechanischen Berechnung der abzuführenden Beträge auch die Prüfung der Beitragspflicht obliegen (*OLG Celle*, GI 2001, 19, 21). Darum geht es hier jedoch letztlich nicht.

Der Beklagte soll nach der Vorstellung des Klägers nicht bloß verpflichtet gewesen sein, die Frage der Beitragspflicht im Einzelfall zu prüfen, sondern darüber hinaus ihre Entstehung aktiv durch rechtzeitige Hinweise verhindern. Damit werden jedoch die Anforderungen an den Pflichtenkreis eines Steuerberaters überspannt. Der Beklagte wäre nämlich nur mit erheblichen Schwierigkeiten, zum Teil gar nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig auf die Überschreitung der zeitlichen Grenzen hinzuweisen.

Unstreitig ist nämlich, dass dem Beklagten jeweils erst am Ende des Monats die Namen der im vergangenen Monat beschäftigten Arbeitnehmer und die erhaltene Vergütung mitgeteilt wurde. Wenn der Kläger Anfang des Monats einen polnischen Arbeitnehmer einstellt, ist die Hälfte des zweimonatigen Zeitraums der Versicherungsfreiheit bereits um. Die kürzere, sich aus der Prüfungsanweisung der LVA Rheinprovinz ergebende 4-Wochen-Frist für ausländische Arbeitnehmer, die in ihrer Heimat während der Saisonarbeit bezahlten Urlaub hatten, ist sogar bereits abgelaufen.

Unter diesen Umständen kann – wenn überhaupt – von einem Steuerberater nicht mehr verlangt werden, als dass er allgemein auf die bestehende Problematik hinweist, wie er dies hier im Schreiben vom 18.6.1998 getan hat.

Die Einstellungen und Entlassungen der Saisonarbeiter nahm der Kläger vor. Er allein hatte daher von Anfang an einen viel besseren Über-

blick, über welchen Zeitraum jemand bei ihm beschäftigt war. Hinzu kommt, dass es nicht zuletzt auch eine **unternehmerische Entscheidung** ist, **wie lange die Arbeitnehmer beschäftigt werden**, ob insbesondere Stammkräfte, die bereits bekannt sind – darauf nimmt der Kläger in anderem Zusammenhang ja selbst Bezug – unter Inkaufnahme der Versicherungspflicht weiterbeschäftigt werden. Dem Steuerberater kann unter diesen Umständen eine Hinweispflicht für die Frage der Sozialversicherungsfreiheit nicht obliegen.

3. Die Kritik des Klägers, der Beklagte habe ihn nicht darüber aufgeklärt, dass eine ausländische Hilfskraft nur einmal binnen Jahresfrist beschäftigt werden darf, greift ebenfalls nicht durch, da sie aus rechtlichen Gründen nicht zutrifft. Der Bescheid der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vom 27.12.1999 stellt zur Begründung der Nachforderung darauf nicht ab. Vielmehr ergibt sich aus diesem Bescheid sogar, dass mehrere kurzfristige Beschäftigungen zusammenzurechnen sind. Ist ein ausländischer Arbeitnehmer mehrmals im Jahr im selben Betrieb tätig, erreicht er aber die zeitlichen Grenzen nicht, so verbleibt es bei der Versicherungsfreiheit.

4. Ob der Beklagte dazu verpflichtet war, vor der Betriebsprüfung im Jahre 1999 darauf **hinzuweisen, dass Nachweise zahlreicher polnischer Arbeitnehmer für die Jahre 1995 bis 1998 fehlen**, kann dahinstehen. Jedenfalls wäre eine solche Pflichtverletzung nicht ursächlich für die erhobene Nachforderung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Die zu leistenden Beiträge waren bei Bekanntwerden der Betriebsprüfung bereits fällig. Der Kläger hätte die Nachweise entgegen seiner eigenen Behauptung aus Rechtsgründen überhaupt nicht mehr erbringen können.

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass im Hinblick auf die Beschäftigung der fraglichen Arbeitnehmer die 4-Wochen-Grenze eingehalten wurde. Im Gegenteil trägt der Kläger selbst vor, es hätte sich bei diesen Arbeitnehmern fast nur um „ständig wiederkehrende Stammkräfte“ gehandelt. Dann liegt es aber nahe, dass sie im Laufe eines Jahres wesentlich länger als einen Monat beschäftigt waren und somit in Polen während dieser Zeit keinen bezahlten Urlaub bei ihrem dortigen Arbeitgeber hatten. Jedenfalls hätte der Kläger das Gegenteil konkret vortragen müssen, was aber nicht geschehen ist.

Abgesehen davon hat der Kläger nichts dazu vorgetragen, dass die Nachforderung gerade deshalb erhoben worden ist, weil im Prüfungstermin keine Nachweise vorgelegt werden konnten; diese also auch nicht nachgereicht werden können. Er trägt aber für die Ursächlichkeit des Schadens die Darlegungslast. Da er nähere Angaben hierzu nicht gemacht hat, besteht durchaus die Möglichkeit, dass der Bescheid so nicht ergangen wäre, wenn der Kläger sie nachgereicht hätte.

Es ist nicht ersichtlich, warum er dies gerade wegen des Verhaltens des Beklagten nicht konnte. **Spätestens mit Abschluss der Betriebsprüfung hatte er selbst Kenntnis, dass er Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen muss, wenn er die Bescheinigungen nicht beibringt und hätte** – unterstellt man seinen Vortrag, dies wäre möglich gewesen, als richtig – **die entsprechenden Maßnahmen zur Vermeidung der Nachforderung veranlassen können.**

Steuerberatungsvertrag

- Inhalt
 - Substantiierung
- (LG Wuppertal, Urt. v. 3.7.2001 – 5 O 84/00)

Leitsatz (d. Red.):

Behauptet der Mandant, der Steuerberater habe in der Einkommensteuererklärung 1996 vergessen, Verluste aus einer wesentlichen Beteiligung an einer GmbH gemäß § 17 EStG geltend zu machen, muss er im Einzelnen darlegen, wann er mit welchem Inhalt mit dem Steuerberater über die Beteiligung gesprochen habe.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war bis zur Kündigung des Mandats zum 31.12.1997 als Steuerberater für den Kläger tätig. Er fertigte für diesen am 25.4.1997 die Einkommensteuererklärung für 1996 und abschließend noch die Einkommensteuererklärung für das Jahr 1997.

Der Kläger war ausweislich des ... Gesellschaftsvertrages vom 9.11.1989 zu 50 % und damit wesentlich i.S.v. § 17 EStG in der für 1996 geltenden Fassung an der K.-GmbH beteiligt. Ein bezüglich der Gesellschaft gestellter Konkurs-

antrag wurde im März 1996 mangels Masse abgelehnt. Veräußerungs- bzw. Auflösungsverluste i.S.v. § 17 EStG machte der Beklagte in der für den Kläger erstellten Einkommensteuererklärung 1996 nicht geltend.

In der für den Kläger gefertigten Einkommensteuererklärung 1997 brachte der Beklagte vorgenannte Verluste nach § 17 EStG in Ansatz. Mit Bescheid vom 7.1.1999 lehnte das Finanzamt die Berücksichtigung der Verluste mit folgender Begründung ab: „Der geltend gemachte Verlust nach § 17 EStG aus der wesentlichen Beteiligung an der K.-GmbH kann nicht in 1997 berücksichtigt werden. Ein Verlust nach § 17 EStG hätte in 1996 geltend gemacht werden müssen, da die GmbH in 1996 durch Ablehnung des Konkurses mangels Masse aufgelöst wurde. Bei der Gewinnermittlung nach § 17 EStG handelt es sich um eine Gewinnermittlungsvorschrift eigener Art, die nach den Grundsätzen des Betriebsvermögensvergleichs erfolgt. Die Gewinnermittlung nach § 17 EStG ist nicht nach § 11 EStG (Zu- und Abfluss) vorzunehmen. In 1997 geleistete Zahlungen können daher nicht berücksichtigt werden.“

Der Kläger sieht sich vor diesem Hintergrund von dem Beklagten steuerlich falsch beraten und verlangt Ersatz für angeblich bereits entstandene und die Feststellung der Haftung des Beklagten für zukünftig entstehende Schäden. Insoweit nimmt er auf die oben dargestellte Rechtsauffassung des Finanzamts Bezug.

Der Kläger meint ferner, da der Beklagte die Verluste auch nicht im Wege eines seiner Meinung nach zulässigen Rücktrags für die Jahre 1994 und 1995 geltend gemacht habe, sei ihm auch diesbezüglich durch eine Fehlberatung des Beklagten ein Schaden entstanden.

Die Höhe des Schadens bestimmt sich nach klägerseitiger Auffassung mangels eines erzielten Veräußerungspreises nach den Anschaffungskosten der GmbH-Anteile, zu denen er über den reinen Erwerbspreis hinaus auch so genannte Eigenkapital ersetzende Darlehen und für die Gesellschaft übernommene Sicherheiten hinzurechnet, aus denen er in Anspruch genommen zu werden behauptet. (...)

Auch für die Zukunft sieht sich der Kläger steuerlichen Nachteilen ausgesetzt, die daher rührten, dass grundsätzlich vortragsfähige Verluste aus den genannten Gründen keine Berücksichtigung finden könnten.

Der Kläger behauptet, „er habe zusammen mit seiner Ehefrau und dem Beklagten im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung 1996 ein ausführliches Gespräch geführt, in dem auch die Angelegenheiten hinsichtlich der Beteiligung an der GmbH detailliert erörtert worden seien“. Vor diesem Hintergrund – so meint der Kläger – hätte der Beklagte von sich aus den Gesellschaftsvertrag und ggf. weitere Unterlagen anfordern müssen.

Auch aus weiteren Hilfstatsachen ergebe sich, dass der Beklagte bei Erstellung der Einkommensteuererklärung 1996 im Jahre 1997 von der GmbH-Beteiligung des Klägers Kenntnis gehabt habe. So habe der Beklagte bei Anfertigung der Einkommensteuererklärung 1997 im Jahre 1998 von dem Kläger für die frühere K.-GmbH getragene Verbindlichkeiten gesondert aufgelistet und in der Anlage GSE zur Einkommensteuererklärung 1997 handschriftlich die von dem Kläger aus dem Vergleich vom 26.3.1997 zu zahlende Summe einkommensmindernd in Ansatz gebracht.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, weder zum Zeitpunkt der Fertigung der Einkommensteuererklärung 1996 am 25.4.1997 von einer GmbH-Beteiligung des Klägers Kenntnis gehabt noch bis zum Eintritt der Bestandskraft des Einkommensteuerbescheides für 1996 vom 25.7.1997 erlangt zu haben.

Der Beklagte hält den Vortrag des Klägers über eine angeblich im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung 1996 geführte, ausführliche Besprechung im Beisein der Ehefrau des Klägers für nicht hinreichend substantiiert und meint, der diesbezügliche Beweisantritt des Klägers durch zeugenschaftliche Vernehmung seiner Ehefrau sei auf eine unzulässige Ausforschung gerichtet.

Er behauptet, von einer GmbH-Beteiligung des Klägers erst im Zuge des gerichtlichen Verfahrens und von dem Gesellschaftsvertrag erst dadurch Kenntnis erlangt zu haben, dass dieser dem Klägerschriftsatz vom 6.3.2001 beigelegt worden sei.

Ferner könne die von dem Kläger zur Begründung herangezogene, im Jahre 1998 erstellte Einkommensteuererklärung 1997 einschließlich Anlagen bereits aus grundsätzlichen Erwägungen im Hinblick auf die zeitliche Abfolge der

Ereignisse nicht geeignet sein, irgendwelche Rückschlüsse auf seinen Informationsstand bei Erstellung der Einkommensteuererklärung 1996 im Jahre 1997 bis zum Eintritt der Bestandskraft des Bescheides vom 25.7.1997 zu erlauben. (...)

Die Klage ist nicht begründet. Der gegen den Beklagten erhobene Zahlungsanspruch steht dem Kläger bereits dem Grunde nach unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt zu.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat die tatsächlichen Voraussetzungen eines Anspruchs gegen den Beklagten aus Verletzung sich aus dem Steuerberatungsverhältnis ergebender Pflichten nicht hinreichend substantiiert dargelegt.

Gerade wenn „im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung 1996“ ein ausführliches Gespräch mit dem Kläger, seiner Ehefrau und dem Beklagten geführt und darin die Angelegenheiten der Beteiligung an der GmbH detailliert erörtert worden sein sollte, müsste der Kläger erst recht in der Lage sein, dies zeitlich und inhaltlich in einen der ihm obliegenden Darlegungslast entsprechenden Kontext einzubinden und substantiiert vorzutragen. **Demgegenüber lässt sich dem Vortrag des Klägers auch nur annäherungsweise weder entnehmen, wann und unter welchen Umständen das Gespräch stattgefunden haben noch welchen konkreten Inhalts es in Bezug auf die GmbH-Beteiligung des Klägers gewesen sein soll.**

Weder in dem im Termin überreichten Schriftsatz vom 6.3.2001 noch in dem nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 25.5.2001 hat der Kläger den Versuch unternommen, in diesem zentralen Punkt ergänzend vorzutragen, obwohl er durch den Erwidervortrag des Beklagten hierauf hinreichend hingewiesen worden ist. Eines gesonderten Hinweises der Kammer bedurfte es vor diesem Hintergrund nicht.

Damit lässt bereits der Klägervortrag im Ergebnis offen, wann der Beklagte die behauptete Kenntnis von der GmbH-Beteiligung erlangt haben soll, auf die der Kläger den Vorwurf einer angeblichen Verletzung der Beraterpflicht stützt.

Insoweit dringt auch der Beklagte mit seinem erheblichen Vorbringen durch.

Ferner ist ihm zuzugeben, dass der Kläger nicht aus Umständen, die dem Beklagten bei Erstellung der Einkommensteuererklärung für 1997 im Jahre 1998 bekannt waren, Rückschlüsse auf seinen Kenntnisstand im Jahre 1997 bei Erstellung der Einkommensteuererklärung für 1996 ziehen kann. Dies ist ebenso logisch wie chronologisch ausgeschlossen.

Der von dem Kläger angebotene Beweis durch zeugenschaftliche Vernehmung seiner Ehefrau ist unbeachtlich, da die Erhebung dieses Beweises **unzulässiger Ausforschung** gleichkäme. In Ermangelung jeglicher inhaltlicher Ausführungen zu den Tatsachen, die der Kläger unter Beweis stellen will, kann deren substantieller Gehalt von der Kammer nicht im Ansatz beurteilt werden. Diesen Mangel seines Vortrags kann der Kläger durch Benennung seiner Ehefrau als Zeugin weder umgehen noch bereinigen.

Aus denselben grundsätzlichen Erwägungen war die Klage auch mit dem Feststellungsantrag abzuweisen.

Die Ausführungen des Klägers im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 2.7.2001 rechtfertigen keine andere Entscheidung und bieten keinen Anlass, die mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen.

(...)

Steuerberaterhaftung

- Rechtsrat
 - Verjährung
- (LG Dortmund, Urt. v. 21.4.2001 - 7 O 32/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Beratung zur Kündbarkeit eines Mietvertrages stellt unerlaubte Rechtsberatung dar.
2. Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Steuerberater beginnt mit Abschluss des schädigenden neuen Mietvertrages.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagten als Gesamtschuldner wegen fehlerhafter Beratung in Anspruch.

Der Kläger und Herr P. schlossen am 18.8.1993 einen für die Dauer von fünf Jahren befristeten schriftlichen Mietvertrag mit Herrn H. über ein Geschäftslokal. Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung war eine zusätzliche Vertragsstrafe in Höhe von 4.000 DM vereinbart. (...)

Mit der vorliegenden Klage nimmt der Kläger die Beklagten auf Schadenersatz wegen der Belastungen aus diesem Mietverhältnis in Anspruch.

Hierzu behauptet er, im Juni 1995 habe er den Beklagten zu 2), welcher als Steuerberater für ihn tätig war, um Überprüfung der Kündbarkeit des Mietvertrages gebeten. Hierauf habe dieser erklärt, der Vertrag sei unter Verlust des Entschädigungsbetrages von 4.000 DM mit sofortiger Wirkung kündbar. Hierauf habe er den Vertrag gegenüber dem Vermieter H. gekündigt und sei mit Wirkung zum 1.7.1995 ein neues Mietverhältnis eingegangen.

In der Folgezeit sei er seitens des Vermieters H. auf Zahlung der weiteren Mieten in Höhe von 32.258,26 DM in Anspruch genommen worden. Diesen Betrag mache er nunmehr als Schadenersatz gegen die Beklagten geltend.

Nachdem der Kläger zunächst mit dem Antrag zu 2) darüber hinaus auch die Freistellung aus den weiteren Verbindlichkeiten aus dem Mietvertrag geltend gemacht hat, hat er in der mündlichen Verhandlung vom 12.4.2001 insoweit die Klage für erledigt erklärt. Die Beklagten haben sich der Erledigungserklärung nicht angeschlossen.

(Anträge ...)

Die Beklagten bestreiten, den behaupteten Rat erteilt zu haben.

Weiterhin erheben sie die Einrede der Verjährung.

Die Klage ist am 23.1.1998 bei Gericht eingegangen. Die Gerichtskosten wurden am 12.10.1998 eingezahlt. Mit Schreiben vom 18.1.2000 hat der Kläger um Sachstandsmitteilung gebeten. Mit einem am 5.1.2001 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz hat der Kläger dann auf die Einzahlung der Gerichtskosten vom 12.10.1998 hingewiesen. Die Klagezustellung ist daraufhin am 5.3.2001 erfolgt.

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht schlüssig. Zwar hat der Kläger mit der behaupteten Erteilung eines **offensichtlich falschen Rechtsrates eine Pflichtverletzung i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 1 Rechtsberatungsgesetz (RBerG) schlüssig vorgetragen**. Denn grundsätzlich ist der Steuerberater nach § 1 RBerG gehalten, den Mandanten an einen Rechtsanwalt zu verweisen und sich einer Rechtsberatung zu enthalten, wenn an ihn im Rahmen seiner Tätigkeit von dem Mandanten Fragen allgemein-rechtlicher Art herangetragen werden (BGH, NJW 1986, 1050 ff).

Auf den Nachweis der behaupteten Pflichtverletzung kommt es jedoch im Ergebnis nicht an. Die von dem Kläger geltend gemachte Belastung mit den Mietforderungen aus dem ursprünglichen Mietverhältnis ist auch bei unterstellter Richtigkeit des klägerischen Vortrages nicht auf die behauptete Pflichtverletzung zurückzuführen.

Nach § 2 Abs. 1 des Mietvertrages war dieser für die Dauer von fünf Jahren befristet abgeschlossen. Eine Kündigungsmöglichkeit sah der Vertrag nicht vor. Dementsprechend konnte sich der Kläger innerhalb der fünfjährigen Laufzeit nicht wirksam vom Vertrag lösen. **Hieraus ergibt sich als zwingende Folge, dass die geltend gemachten Mietzinsen auch ohne die Pflichtverletzung angefallen wären.**

Der Kläger hätte vorliegend Schadenersatz nur hinsichtlich derjenigen Aufwendungen verlangen können, welche durch Eingehung des zweiten Mietverhältnisses entstanden sind.

Darüber hinaus scheitert ein Schadenersatzanspruch jedoch insgesamt deswegen, weil sich die Beklagten mit Erfolg auf **Verjährung** der geltend gemachten Ansprüche berufen. Denn grundsätzlich verjähren die Ansprüche nach § 68 StBerG binnen drei Jahren ab Entstehung des Anspruchs. Hierfür ist auf denjenigen Zeitpunkt abzustellen, in welchem sich die Vermögenslage des Anspruchsinhabers verschlechtert hat; auf die Feststellbarkeit der konkreten Schadenhöhe kommt es dabei nicht an (Gehre, Steuerberatungsgesetz 4. Aufl., § 68 Rdnr. 7).

Eine solche Verschlechterung der Vermögenslage war spätestens im Zeitpunkt des Abschlusses des neuen Mietvertrages – also vor dem 1.7.1995 – entstanden. Bei Eingang des Gerichtskostenvorschusses am 12.10.1998 war die dreijährige Verjährungsfrist daher bereits abgelaufen.

Wegen der verspäteten Einzahlung kommt eine Verjährungsunterbrechung nach § 270 Abs. 3 ZPO durch die am 23.1.1998 bei Gericht eingegangene Klageschrift daher nicht mehr in Betracht.

Soweit der Kläger im Übrigen beantragt festzustellen, dass die **Klage erledigt** ist, ist die Klage ebenfalls als unbegründet abzuweisen. Aus den vorherigen Ausführungen ergibt sich bereits, dass **der ursprüngliche Klageantrag zu 2) bei Eintritt der Rechtshängigkeit nicht zulässig und begründet war**. Darüber hinaus tritt Erledigung auch nicht allein deswegen ein, weil der Kläger sein Interesse an der Verfolgung des Antrages nicht mehr aufrechterhält.

GI Hinweis

Steuergeheimnis

Das Steuergeheimnis steht im Spannungsfeld von Straf-, Steuer- und Verfassungsrecht. Hinzu kommen Bezüge zum supranationalen Recht, insbesondere zur EMRK und zum Gemeinschaftsrecht. Der Verfasser zeigt Kollisionen zwischen erzwingbaren Auskunftspflichten innerhalb des Besteuerungsverfahrens und den das Steuerungsverfahren beherrschenden Prinzipien auf und arbeitet die zentrale Bedeutung des Steuergeheimnisses in diesem Schnittpunkt heraus. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob dem Steuerpflichtigen Geheimhaltung zu gewähren ist, obwohl die Finanzbehörde berechtigt oder sogar verpflichtet ist, die erzwungenen Informationen an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten.

Im Hinblick auf effektive Amts- und Rechtshilfe im Wege einer Rechtsharmonisierung sowie aufgrund fortschreitender Europäisierung und Internationalisierung des Rechts wird ein Entwurf für eine einheitliche Regelung des Steuergeheimnisses und seiner Durchbrechungen erarbeitet, der sich in die untersuchten Länder – Belgien, England, Schweden, Schweiz und USA – einpassen lässt.

Dr. Guido Ruegenberg: Das nationale und internationale Steuergeheimnis im Schnittpunkt von Besteuerungs- und Strafverfahren – Band 28 der Schriftenreihe „Rechtsordnung und Steuerwesen“, begründet von Brigitte Knobbe-Keuk, herausgegeben von Wolfgang Schön – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2001, 461 Seiten, DIN A 5, broschiert, 168,- DM/85,90 €, ISBN 3-504-64227-0

Steuerliche Risiken vermeiden – auf den richtigen Vertrag kommt es an.

www.centrale.de

Der Abschluss eines Geschäftsführervertrages erfordert – aufgrund fehlender Normen und Rechtsgrundsätze – von den Vertragsparteien große Sorgfalt. Was muss geregelt werden? Welche Alternativen gibt es? Was ist aus steuerlicher Sicht zu beachten? Der Vertrag darf keine Lücken aufweisen und muss dem konkreten Einzelfall gerecht werden. Dieses Checkbuch sagt Ihnen, worauf es ankommt. In 25 Checklisten erfahren Sie, am Ablauf eines Beratungsgesprächs orientiert, alles Wissenswerte rund um



den Anstellungsvertrag. Von den Formalia des Abschlusses bis zu den Möglichkeiten der Beendigung. Außerdem checken Sie mit diesem Buch die Voraussetzungen des Vertrages und passen ihn dann auf Ihren konkreten Fall an. Bei der Formulierung hilft ein Mustervertrag.

Spönemann, Checkbuch Geschäftsführer-Anstellungsvertrag. Von RA Michael Spönemann. 91 Seiten DIN A5, 2001, brosch. 58,- DM/ab 1.1.02: 29,- € [D]. Für Mitglieder der Centrale für GmbH 52,- DM/ab 1.1.02: 26,- € [D]. ISBN 3-504-64310-2

Fax-Bestellschein Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Köln **Fax: 0221 / 9 37 38-943**

- ☐ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Spönemann **Checkbuch Geschäftsführer-Anstellungsvertrag** 58,- DM/ab 1.1.02: 29,- € [D]. Für Mitglieder der Centrale für GmbH 52,- DM/ab 1.1.02: 26,- € [D]. Preisstand: September 2001. ISBN 3-504-64310-2
- ☐ Ich möchte mehr über die **Checkbuch-Reihe** für Berater wissen

Name

Straße

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Anwaltshaftung: Verjährungsbeginn • Schadenentstehung • Fristablauf • Sekundärhaftung (BGH);
Klage gegen Versicherer: Ausschlussfrist, § 12 VVG • Prozesskostenvorschuss • Zustellung der Klage nach Fristablauf (OLG Hamburg);
Steuerberaterhaftung: Verdeckte Gewinnausschüttung • Bilanzerstellung • Rückstellung (OLG Düsseldorf);

Mitverschulden des Mandanten: Schätzungsveranlagung • Versäumung der Einspruchsfrist • Unterbrechung des Kausalzusammenhangs (OLG Celle);
Steuerberaterhaftung: Rechtsrat • Verjährung (LG Dortmund)
und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



Das Fristenthema ist auch im Zeitalter der elektronischen Terminbücher, Kalender etc. immer noch ein Thema von höchster Aktualität. Fristversäumnisse sind auch heute noch eine der Hauptschadenursachen bei den steuerberatenden Berufen.

In unserem GI-Beihefter finden Sie diesen Monat eine kurze Abhandlung von Herrn Rechtsanwalt Werner Reitz, der die wesentlichen Aspekte zur Schadenursache Fristversäumnis darstellt. Zusätzlich enthält diese GI ein Merkblatt zum Verhalten im Schadenfall, um für den Fall eines möglichen Schadens gut gerüstet zu sein.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.